

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kollegen! Agitiert und organisiert mit allen Kräften für die Stärke unserer Vereinigung!

Handwerk und Befähigungsnachweis.

II.

In der Tat dümmert denn auch in den Kreisen der Künstler allmählich die Erkenntnis auf, daß der Befähigungsnachweis ein zweischneidiges Schwert ist. Es ist das Verdienst der Hamburger Handwerkskammer, das Handwerk auf die Gefahr des Befähigungsnachweises hingewiesen zu haben. Auf ihre Veranlassung traten 27 andere Kammern zusammen und man einigte sich endlich nach gründlicher Beratung auf folgende Resolution: „1. Der sechste Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag lehnt die Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises als unzulässig und bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen undurchführbar ab. 2. Dagegen spricht der sechste Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag die bestimmte Forderung aus, daß die von der Regierung in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage, betreffend Befähigungsnachweis im Baugewerbe, also bei Gewerben, bei denen Gefahren für Leben und Gesundheit in Betracht kommen, möglichst bald einen ausreichenden Schutz für diese Gewerbe bringen möge. 3. Der sechste Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag hält schließlich einen weiteren Ausbau der Gesetzgebung nach der Richtung hin für dringend erforderlich, daß der Meistertitel mit größeren Vorrechten ausgestattet wird. 4. Der sechste Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag stimmt dabei dem sogenannten Hamburger Entwurf zu, indem er die Befähigung des Wortlautes des Gesetzesentwurfs dem Ausschuss des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages überträgt.“

Der Vertreter der Hamburger Handwerkskammer, Klempnermeister Werlien, erklärte auf dem Kölner Tage, daß der obligatorische Befähigungsnachweis eine Zwangsjacke für das Handwerk bedeute. Der Wunsch nach seiner Einführung sei hervorgegangen aus dem Mangel an Selbsttucht und Selbstbildung in den Reihen der Handwerksmeister. Der Redner ersuchte die Delegierten, man möge dem Befähigungsnachweise ein ehrliches Begräbnis angebeihen lassen, da es sich doch um einen Schwerverkranken handle, dessen Lebenslicht am Erlöschen sei.

Darauf ergriff der Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern, Geheimrat v. Seefeld, das Wort, um im Namen seiner Regierung folgenden anzuführen: „Manch einer meint, wenn ein Handwerker einen Beschluß faßt, so sei es Pflicht der Regierung, diesen Beschluß unweigerlich auszuführen.“ Das ist aber ein Irrtum, denn so liegt die Sache nicht. Solche Beschlüsse werden sorgfältig geprüft, ob sie nützlich, durchführbar und dem Gemeinwohl zuträglich sind. Ich habe mich jahrelang mit Handwerkerfragen beschäftigt und bin zu einem überzeugten Gegner des Befähigungsnachweises geworden. Mit dem Befähigungsnachweis werden Sie dem Handwerk nicht helfen. Den Männern, die den Befähigungsnachweis verfechten, deren ehrlicher Überzeugung ich volle Anerkennung zolle, muß ich sagen, sie haben es sich mit der Widerlegung der Einwendungen gegen den Befähigungsnachweis sehr leicht gemacht. Der wichtigste Einwand ist doch der, wie die Abgrenzung der Handwerke vorgenommen werden soll. Wen trifft denn der Befähigungsnachweis? Der Schuhmachermeister kann sich vielleicht einen neben ihm wohnenden Tischhuster vom Leibe halten und diesen ruinieren. Der große Schuhwarenbasar an der nächsten Ecke fällt aber nicht unter den Befähigungsnachweis. Dort verkaufen freundliche junge Damen neben den Schuhen auch noch ein paar Leisten, einen Topf mit Schuherème, eventuell

wird dem Kunden auch noch die neueste Patentbürste angebracht. Dieser Basar mit dem Fabrikshuh wird durch den Befähigungsnachweis nicht berührt. Es ist gesagt worden, es drängen jetzt so viele schlechte Elemente zum Handwerk, so daß unser Handwerk nicht mehr mit Ehren bestehen kann. Wie kann man das behaupten nach dem glänzenden Siege unseres Handwerks in St. Louis, der unbestritten ist. Nur 3 1/2 Prozent der Handwerksmeister haben keine ordnungsmäßige Lehrzeit durchgemacht. Man soll sich hüten, dem Handwerk fesseln anzulegen, damit die Fabrik besser konkurrieren kann. Finden Sie sich ehrlich ab mit der Gewerbefreiheit und lassen Sie von dem Glauben, daß die Zukunft dem gehört, der staatlich abgestempelt ist, durch den Befähigungsnachweis, sondern richten Sie Ihren Sinn dahin, daß der Erfolg nur dem gehört, der tüchtig ist.“

Eine solche Rede behagte den fanatischen Anhängern des Befähigungsnachweises nicht und es erschien denn auch bald der streitbare Handwerksmeister und Zentrumsgesandte Euler-Bensberg auf dem Platze, um folgendes auszuführen: „Meines Erachtens ist Deutschland, ebenso wenig wie es reif ist für eine unbeschränkte Handelsfreiheit, auch nicht reif für eine ziellose Gewerbefreiheit. Ich protestiere vor allem ganz entschieden gegen die Herabsetzung des Meistertitels auf die Ebene des Fabrikarbeiters. Die Meister sind die Herren der Fabrik, was für die Zeit der Aufklärung und der Aufklärung waren, sind für mich meine Lehrlings- und Gesellenjahre gewesen, auf die ich mit dem gleichen Stolz, wie in Mademiker auf seine Lehrjahre, zurückblicke. Viel Fleiß und Mühe hat dazu gehört, Meister im Handwerk zu werden. Davon haben freilich gewisse Leute keine rechte Vorstellung, die nur mit Ach und Krach durchs Examen gekommen sind, und später trotzdem die höchsten Stellen im Amte einnehmen, Leute, die zu einem tüchtigen Handwerker auf alle Fälle zu dumm gewesen wären. Herr Seefeld hat ausgerufen: Nur der tüchtige Handwerker werde heute sein Fortkommen finden. Ja, aber hat man denn gegenwärtig irgend ein Mittel, diese Tüchtigkeit irgendwie zu konstatieren? Welchen sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Wert der Befähigungsnachweis besonders für den Handwerker-Nachwuchs haben würde, beweist ein einfacher Hinweis auf die zunehmende Proletarisierung der Handwerksgehilfen, die nur deshalb so massenhaft in das sozialdemokratische Lager abgewandert, weil ihnen das Handwerk unter den heutigen Verhältnissen keine Zukunft mehr bietet.“

Das Ende der Verhandlung war, daß die Hamburger Resolution — nachdem im ersten Absatz die Worte „als unzulässig“ gestrichen waren — mit 46 gegen 25 Stimmen angenommen wurde. Da sich sämtliche Handwerks- und Gewerbe-Kammern an der Abstimmung beteiligt haben, so darf man wohl sagen, daß die Frage des Befähigungsnachweises bis auf weiteres begraben ist.

Und es ist gut so, denn es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß diese wichtige Forderung der Künstler für immer undurchführbar ist. Diese Undurchführbarkeit hat ihren Grund nicht darin, wie uns Euler und Konforten erzählen, daß die Regierungen in ihrem bürokratischen Unverstand nicht wollen und sich den Gründen der Künstler verschließen, sondern sie beruht auf den heutigen Produktionsverhältnissen. Die moderne kapitalistische Produktionsweise hat eben Zustände geschaffen, die eine Rückkehr zur Zünftlerei vollständig ausschließen. Diese Unmöglichkeit wird auch von den weniger verbohrteten Kreisen des Handwerkersinnens unumwunden zugegeben. Die Sache liegt nämlich folgendermaßen:

Die auf zünftlerischen Privilegien beruhende Wirtschaftsweise des Mittelalters legt eine Art der Gütererzeugung voraus, indem noch kein Weltmarkt existiert, sondern nur für einen engen, lokalen Konsumentenkreis produziert wird. In einer derartigen Produktionsweise hatten die Zünfte einen Zweck und das Handwerk war existenzfähig, wenn wir auch von einer hohen Blüte und dem vielgerühmten goldenen Boden wenig bemerken. Aber schon mit der Ausdehnung des Marktes über die Mauern der Stadt und die Ausbildung eines staatlichen Wirtschaftsgebietes, also schon im 16. und 17. Jahrhundert, geraten die Existenzbedingungen des Handwerks ins Wanken und die Klagen des Handwerks ertönen laut durchs Land. Der enge städtische Markt erweitert sich zum nationalen, die Kunsthandarbeit fängt an sich zu überleben, die Manufaktur (kooperativer Betrieb ohne Maschinen) kommt auf und im Hintergrunde erscheint bereits die Großindustrie als Schreckgespenst auf der Wildbahn. Hierdurch wird die Existenz der Handwerker völlig untergraben, bis dann endlich um die Wende des 18. Jahrhunderts die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Proklamierung der Gewerbefreiheit ihren äußeren Ausdruck finden. Die etwas lagenhaften Zeiten, in denen das Handwerk angeblich einen goldenen Boden hatte, waren schon längst dahingeschwunden, als die Gewerbefreiheit aufkam und der Befähigungsnachweis fiel; die Organisation des Handwerks hatte sich überlebt und war entartet; nur noch als eine Karikatur ihrer selbst führte sie ein Scheinbasin. Durch die kleinlichsten und schäblichsten Mittel suchten sich die Zünfte nunmehr die unliebste Konkurrenz vom Leibe zu halten; die Meisterprüfung wurde zur förmlichen Erpressung benutzt, um das zünftige Handwerk für die Meisterhöfne und liebe Vettern zu monopolisieren, zugleich machte die Zunft Front gegen die Gesellen, deren Selbstständigkeitsbestrebungen bekämpft wurden. Eine kleine bevorrechtigte Clique schloß auf diese Weise gerade die tüchtigsten Kräfte vom Handwerk aus.

Heute noch, ein Jahrhundert nach der Proklamierung der Gewerbefreiheit und im Zeitalter der Großindustrie, für den Befähigungsnachweis schwärmen zu wollen, setzt eine geradezu ungeheuerliche nationalökonomische Unwissenheit voraus. Freilich trägt die Regierung selbst die Schuld daran, daß die Begehrtheit der Zünftler ins Unfassbare angewachsen ist. Hat sie doch durch ihre Begünstigung der Mittelstandsretterei und des ganzen Innungsrummel in den Kreisen der bornierten Zünftler die Einbildung großgezogen, daß man die längst überlebte Zünftlerei wieder künstlich galbanisieren könne.

Die Klassenbewußten Arbeiter, die sich auf dem Boden des Sozialismus zu modernen Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, stehen dem Frostmäusekrieg der Zünftler mit dem ruhigen Bewußtsein gegenüber, daß das Kleinhandwerk durch den ehernen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zum Tode verurteilt wird und daß es nur ein Rettungsmittel gibt, nämlich die Ersetzung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft.

„Anarchosozialisten.“

Die lokalorganisierten Gewerkschaften Berlins sagten sich am 23. August in einer von circa 3000 Personen besuchten Versammlung im Feenpalast zu Berlin von der Sozialdemokratie los, erklärten sich für den Ausbau sozialrevolutionärer Gewerkschaften und für den Generalstreik. Das Referat, das der bekannte Arzt Dr. Friedberg hielt, gipfelte in einer Verharmung des Marxismus und der materialistischen Geschichtstheorie im allgemeinen und der sozialdemokratischen Taktik im besonderen. Das Proletariat

werde in der Partei und in den Zentralverbänden geradezu zur Feindschaft erzogen. Deshalb müßten sich alle, die eine vernünftige Einsicht von der Freiheit und Würde des Proletariats hätten, um das neue Banner des „Anarchosozialismus“ jähren, dem sicher eine große Zukunft beschieden sei und der die Ideale des Sozialismus auch tatsächlich verwirklichen werde.

Die vollständige Bedeutungslosigkeit der lokalorganisierten Gewerkschaften ist eine zu allgemeinbekannte, als daß wir dieser voranzulehrenden Schwärzung ins anarchosozialistische Lager irgend welche Bedeutung beilegen. Wer die führenden Personen in diesen Reihen kennen gelernt hat und weiß, welche notorischen Stänker und Querköpfe zum Gaudium der Unternehmer eine Rolle spielen wollen, kann es nur begrüßen, wenn mit diesem Schritt eine klare Scheidung vor sich geht. Lange genug sind diese Querköpfe und Organisationszerplitterer von der sozialdemokratischen Partei gehätselt und verzogen worden, wo es am Platze gewesen wäre, rüchichtslos eine solche Gesellschaft von sich abzuschütteln. Wohl wurden ab und zu von einigen Parteigenossen Anläufe hierzu genommen, aber immer wieder ging alles in Wohlgefallen auf. Konsequent war dagegen die Stellungnahme der Gewerkschaftskommission in Berlin, die ihre Pappeneimer zu gut kannte und sich nicht täuschen ließ.

Der „Vorwärts“ tritt entschieden gegen das Vorgehen von Dr. Friedberg auf und erklärt die von Fr. vorgelegene und von den lokalorganisierten Gewerkschaften in obiger Versammlung angenommene Resolution für unklar und widersprüchlich und weist den Vorwurf Friedbergs zurück, daß die Sozialdemokratie über den Tageskampf zu sehr die Revolutionsidee vernachlässigt. „Für jeden“, so schreibt der „Vorwärts“, „der nicht an Stelle klaren Denkens eine unklare Revolutionsromantik legt, liegt es auf der Hand, daß die Klassenherrschaft repräsentiert wird durch die organisierte Staatsgewalt, die Bürokratie und die Parlamente, die über die Machtmittel des Staates verfügen. Sie sind mittelbar und unmittelbar unter dem Einfluß und in den Händen der Kapitalistenklasse. Die Klassenherrschaft kann nur gestürzt werden, indem das Proletariat die Herrschaft über die Machtmittel des Staates gewinnt.“ Der Artikel verweist dann, um zu zeigen, daß diese Herrschaft nur Schritt für Schritt gewonnen werden kann, auf das Beispiel Rußlands: Man kann nicht heilendmüthiger kämpfen, nicht mehr Opfer bringen als die russischen Proletarien, deren Kampf zudem unterstützt wird durch die Intelligenz. Daß sie die Klassenherrschaft durch den gegenwärtigen Kampf beseitigen könnten, wird niemand behaupten. Es kann sich nur darum handeln, ein Maß von politischer Freiheit zu erlangen, mit dessen Hilfe der Kampf um Beseitigung der Klassenherrschaft wirksamer als bisher geführt werden kann. Auch wir können nur so kämpfen, daß wir alle vorhandenen Mittel zum Befreiungskampfe ausnützen. Wir würden uns selbst die Hände binden, wollten wir auf die Mittel des politisch parlamentarischen Kampfes verzichten und das Proletariat mit der Idee des Generalstreiks im Sinne dieser Resolution blenden. Das hieße nicht die Köpfe revolutionärer, sondern sie verrotten... Des einen Friedbergs wegen“, so schließt der Artikel, „wäre diese Erwörterung überflüssig gewesen. Der 1000 Arbeiter wegen jedoch, die seiner Resolution zugestimmt haben, war es notwendig, auszusprechen, daß sie sich von anarchistischen Phrasen haben blenden lassen.“

Das zeigt uns, wie richtig die Stellungnahme des Kölner Gewerkschaftskongresses zum Generalstreik war.

Robbertus.

(Nachdruck verboten.)

II.

Robbertus wird um seiner Studien zur alten Volkswirtschaft, seiner Aufhellung der dunklen Steuerverhältnisse willen als bahnbrechend bezeichnet. Seine geschichtlichen Forschungen über die Aufeinanderfolge der Staatsordnungen und deren nicht mit der auf Grund- und Kapitaleigentum beruhenden Staatsordnung oder derjenigen Staatensart dieser Ordnung, die man den konstitutionellen oder repräsentativen nennt, für abgeschlossen zu halten sei.“ Diese Auffassung führte ihn wohl der Anerkennung der geschichtlichen Rolle der Arbeiterbewegung entgegen, aber zum ökonomischen Kerne der Fortentwicklung der „Staatsordnungen“ drang er nicht vor. In allen seinen Anschauungen wirkt ein darüber zurechtgemachtes Schema, ein Arbeiten von außen nach innen. So verhielt er auch nicht, daß Lassalle den geschichtlichen Kern traf, als er es unternahm, die Arbeiter nicht nur ökonomisch, sondern zugleich politisch als selbständiges Element zu organisieren. Lassalle suchte Robbertus, mit dem wissenschaftlich und politisch ein Gewicht in die Waagschale zu werfen war, zu sich herüberzuziehen; Dühring drückte das so aus: er habe die Eitelkeit des grundbesitzlichen Volkswirtschaftlichen, aber arbeitend fortsetzenden Herrn Robbertus zu gewinnen gesucht. Aber Robbertus war aus seiner utopischen Doktrin nicht herauszukirren. Er hat sich selber über seine Haltung so ausgesprochen: „Die Teilnahme an Lassalles Arbeiteragitation mußte ich versagen, da wir uns über die beiden Hauptpunkte der Agitation nicht verständigen konnten. 1. Lassalle wollte bekanntlich die Lage der arbeitenden Klassen mittels eines allgemeinen Systems von Produktivassoziationen durch pekuniäre Staatshilfe heben. Ich meinerseits wollte das Lohnprinzip beibehalten wissen, aber eine Reform desselben allerdings auch durch den Staat unternehmen lassen. 2. Lassalle wollte aus der sozialistischen Partei zugleich eine politische machen. Ich wollte, sie solle lediglich eine wirtschaftliche bleiben.“ Robbertus war der Meinung, daß Lassalle den Produktivassoziationen, die er in einem Briefe an Robbertus als „durchaus praktische Uebergangsmittel“ bezeichnete, wahrheitsgemäß den Rücken gegeben hätte, wenn ihm ein anderes Mittel, namentlich vom Standpunkte der Parteipolitik aus, plausibel gemacht worden wäre. Aber als Lassalle ihn aufforderte, ihm ein anderes Mittel mitzuteilen, schlug Robbertus nichts anderes vor, und zwar deshalb, weil sich seine Ansichten, wie er schrieb, „mit seiner politischen Agitation vertrügen, welche die arbeitenden Klassen gegen die bestehende Staatsgewalt aufregt.“ Lassalle ging ehrlich zu Werke, und er konnte, wie der historische Moment der Stimmung in der Arbeiterklasse geartet war, unbedingt vermitteln, daß auch Robbertus von den Leipziger Arbeitern gehört wurde. Des Tageherrs Guts herrn „Offener Brief an das Komitee des deutschen Arbeitervereins zu Leipzig“, datiert vom 10. April 1863, sagte im Schlußsatz: „Ich nenne

Seitdem gerade die lokalorganisierten Gewerkschaften die Propagierung des Generalstreiks als ihren Programmpunkt erklärten, sind sie vollständig aus dem Häuschen geraten und dahin gekommen, wohin sie kommen mußten. Mit der Propagierung des Generalstreiks ergiebt man eben keine Massen, exemplum docent.

Verschiedene bürgerliche Blätter bauschen nun die Bedeutung der angenommenen Resolution ziemlich sensationell auf, während demgegenüber die Frankfurter Zeitung in nüchternem Ernüchterung schreibt, daß keinerlei Anlaß zur Aufregung vorliege, und es zurückweist, wenn angenommen werde, die lokalorganisierten Gewerkschaften bildeten einen „ansehnlichen Machtfaktor“. Sie verweist auf die vorliegende Statistik, indem sie ausführt, daß die Zahl der Mitglieder dieser Gewerkschaften sich zwischen 10—20 000 bewege. „Was will eine solche Organisation gegenüber den Zentralverbänden besagen, die über eine Million Mitglieder haben! Und die innere Bedeutung der Lokalistik ist womöglich noch geringer als die zahlenmäßige. Es sind die rückständigsten Teile der organisierten Arbeiterschaft, die diesen Vereinigungen angehören, geführt von verworrenen Köpfen, die mit ihrem radikalen Gehirnen wohl imstande sind, Spektakel zu machen, nicht aber positiv zu arbeiten. Diese Leute wollen nun der Sozialdemokratie ihr Programm aufzwingen und, falls ihnen das, wie sie selbst erwarten, mißlingt, eine neue anarchosozialistische Partei gründen. Dies Programm der Lokalistik ist identisch mit dem des Dr. Friedberg; Aufgabe des fruchtlosen und entnervenden parlamentarischen Kampfes und Propagierung des anarchosozialistischen Generalstreiks, als der letzten Waffe des unerfährlichen Klassenkampfes durch radikale Organisationen, die gleichzeitig den politischen und gewerkschaftlichen Kampf führen. Mit einem solchen Programm kann man die Sozialdemokratie und erst recht die Gewerkschaften heute nicht mehr „spalten“. Was ist denn bisher bei dem ganzen Pant und Streit, der jetzt seit über einem Jahre innerhalb der Sozialdemokratie tobt, herausgekommen? Der Generalstreik, den Dr. Friedberg meint, der, in großem Umfange durchgeführt, das Proletariat aus der Produktion ausschaltet und durch diese Verweigerung der Persönlichkeit“ die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihr Instrument, den Staat, mit einem Schlag beseitigt — diesen Generalstreik vertritt, wie sich in Jena zeigen wird, die überwältigende Mehrheit der Partei gleich den Gewerkschaften. Was von einem größeren Teile der Partei empfohlen wird und gewöhnlich ebenfalls unter der Flagge des „Generalstreiks“ leget, ist in Wirklichkeit etwas ganz anderes als der Friedbergische „anarchosozialistische“ Generalstreik. Das sind Massendemonstrationen von kürzerer Dauer mit denen man in gewissen kritischen Momenten Eindruck auf die Gesellschaft zu machen hofft, von denen man aber keinerlei Umwälzung der Gesellschaftsordnung erwartet. Als mit seiner Propaganda für den Generalstreik hat Dr. Friedberg vollkommen Stasfo gemacht und von seinem Anführer gegen die parlamentarische Betätigung der Partei nimmt überhaupt kein Mensch Notiz. Wenn er sich etwa dem Wahne hingeben sollte, er werde für seine Forderungen einen großen Anhang gewinnen, so werden ihn die Tatsachen bald eines Besseren belehren.“

Lohnbewegung.

Bzug ist fernzuhalten.

nach Düsseldorf, Kiel, Lübeck und Neumünster wegen Mangels an Arbeit infolge Aussperrung der übrigen Bauarbeiter;

nach in Ihren sozialen Bestrebungen der Ährige“ aber er konnte mit seiner Parole: „Keinen politischen Umweg, sondern Gradus! Verlangen Sie mit dünnen Worten eine bessere Stellung in der Gesellschaft“ — eine Parole, in der der Arbeiter das Recht und die Pflicht sah, sich durch den Kampf um die Beseitigung der Klassenherrschaft zu wehren. Robbertus war ein Mann, der in den sozialen Forderungen gehörte, wie der Stiel zur Ähr.“ Ein Wort, das zum Schluß des Briefwechsels im Februar 1864 ausgesprochen wurde, bezeichnet den ganzen weiten Abstand, in dem sich Robbertus trotz seiner Sympathien für die Arbeiterklasse zur im Fluß befindlichen Bewegung derselben befand; Lassalle wies darauf hin, wie er im Bastiat-Schulze darzutun versucht habe, wie identisch das Politische und Ökonomische ist, und erklärte dann: „Jede Trennung beider Seiten ist eine Abstraktion, und ich glaube, daß gerade die Verbindung beider eine Hauptforce von mir ausmacht.“ Robbertus war einmal der utopischen Abstraktion in Bezug auf die geschichtliche Entwicklung von unten auf versallen, und das verdammt ihn auf diesem Gebiet praktisch zur Unfruchtbarkeit. Er flammerte sich zäh an seine Vorschläge einer staatlichen Lohnregulierung, eines Normalarbeitstages, der darauf hinausläuf: Der normale Arbeitstag dürfe nicht bloß nach Zeit, sondern müsse außerdem nach Wert normiert werden, Vorschläge, die der Wirklichkeit nicht auf den Grund sahen, und konnte von hier aus mit heikendem Spott blind über die angebliche Wirksamkeit der Arbeiterklassegesetzgebung, über Sonntagruhe und Fabrikinspektion, herfallen und sogar bis zur Anerkennung eines staatlichen Rechts der Verweigerung des Koalitionsrechts gehen. Solch horrenden Ansichten ließ er später freilich wieder fallen, aber es ist schon bemerkenswert, daß er sie überhaupt einmal zu äußern vernochte. Er glaubte eben daran, daß seine Vorschläge auf einen Hieb im ganzen weiter führen würden, als alle diese kleinen geschichtlichen Mittel von oben und als all der „Streikunfuh“ von unten. Für die endgültige Lösung der sozialen Frage setzte er aber einen Zeitraum von 500 Jahren an.

Die Kathedersozialisten der siebziger Jahre und ihre Nachtreter bemühten sich, Robbertus gegen Marx auszuspielen. Mit philistischer gewählten Mitteln suchten sie das Vertrauen zur wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit des Leiters der gefährdeten Internationale, des anerkannten Kopfes der proletarischen Bewegung aller Länder, zu erschüttern. Marx war nicht nur der mächtige Waffenkammer, sondern auch der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Jetzt kam die Kathedersozialistische Professorenschaft und deutete einen Vorwurf auf, den Robbertus gegen Marx erhob: Marx nämlich sollte ihn benutzt, aber Quelle und Namen verschwiegen haben, und zwar um nichts Geringeres sollte es sich dabei handeln als um Gedanken, die zur Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus geführt haben. Ein immer strebend bemühter Geist wie Georg Adler, der die Lästerung eines Mannes wie Marx zum Lebensprinzip, das in der Zeit des Bismarckischen Schand-

nach Kasselberg, weil nur ein Teil der Meister den Lohnlarif unterzeichnete, die übrigen darben, die Folgen ihrer Schundtheorien durch Zahlung geringerer Löhne auf die Gehilfen abwälzen zu können;

Gesperrt ist:

In Weimar die Kabrit für Eisenbahn- und Militärbedarf.

Erfurt. Der Streik in der Maschinenfabrik von Ch. Gagnan ist noch nicht beendet. Von den 119 in den Umständen Getretenen sind noch 49 Streifende vorhanden. Die anständigen Kollegen (Leitende) sind jetzt alle anderwärts in Arbeit getreten.

Bzug muß ferngehalten werden.

In Eisenberg, S.-A., haben unsere Kollegen mit ihren Meistern nachstehenden Tarif abgeschlossen, der am 20. Juni in Kraft trat und bis 1. April 1906 gültig bleibt:

§ 1.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und zwar mit Ausnahme des Montags, an welchem Tage die Arbeit um 7 Uhr beginnt, von morgens 6 bis abends 6 Uhr mit 1/2stündiger Frühstück- und 1/2stündiger Mittagspause.

An Sonnabenden endet die Arbeitszeit, wenn der Lohn nicht auf der Kaufstelle ausgezahlt wird, eine halbe Stunde früher, ohne Lohnabzug, andernfalls wird bis um 6 Uhr gearbeitet.

An Oster- und Pfingstsonnabenden endet die Arbeitszeit um 5 Uhr (ohne Lohnabzug).

Als Ueberstundenarbeit gilt die Zeit von 6—10 Uhr abends, als Nachtarbeit die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Bei Nachtarbeit tritt nach je drei Stunden eine halbe Stunde Pause ein (ohne Lohnabzug).

Muß die Arbeit früher als um 6 Uhr beginnen, so gilt die betreffende Zeit als Ueberstunde.

Für Arbeit an den Sonn- und Feiertagen müssen 10 % Lohnzuschlag pro Stunde bezahlt werden.

Bei Vertikararbeiten, welche über den ersten Stock hinausgehen, sind 5 % Zuschlag pro Stunde zu bezahlen. Das Arbeiten an Fassaden mit Anlegeleitern über den ersten Stock hinaus ist nicht gestattet.

§ 2.

Gehältern unter 20 Jahren dürfen nicht unter 36 %, Gehältern über 20 Jahre nicht unter 40 % pro Stunde entlohnt werden, jedoch müssen sie im Besitz eines Lehrbriefes sein.

Ueberstunden werden mit 5 %, Nachtstunden mit 10 % Zuschlag pro Stunde bezahlt.

Für Ausreicher, welche nachweisbar über drei Jahre im Beruf gearbeitet haben, beträgt der Lohn 23 % pro Stunde; für bessere Leistungen bezahlt der Meister nach seinem Ermessen.

Allen Gehältern, welche zur Zeit 40 % und darüber erhalten, sind pro Stunde 5 % mehr zu bezahlen.

§ 3.

Auffordarbeit ist in der Regel ausgeschlossen, jedoch nach gegenseitiger Vereinbarung bei eiligen Arbeiten zulässig.

§ 4.

Der Lohn muß spätestens eine halbe Stunde nach Eintreffen der Gehältern in der Werkstatt derselben ausgezahlt werden, andernfalls die weitere Zeit als Ueberstunde zu vergüten ist.

§ 5.

Eine gegenseitige Kündigung findet nicht statt; viel-

geleget üppig gedieh, geworden war, nannte natürlich Robbertus den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, und Adolf Wagner erfannt den Titel: Ricardo des ökonomischen Sozialismus. Engels hatte nun dargelegt, daß der Wert jeder Ware durch die zu ihrer Produktion erforderliche Arbeitsmenge und daß das Produkt der gesamten gesellschaftlichen Arbeit verteilt wird unter die drei Klassen der Grundbesitzer (Rente), Kapitalisten (Profit) und Arbeiter (Arbeitslohn). — sozialistische Schlüsse über das Wesen des Mehrwerts gezogen, die über Ricardo hinausgingen, und Engels sagt, das sei für einen Deutschen damals sicherlich ein sehr bedeutender Schritt vorwärts gewesen, konnte aber auch höchstens für Deutschland als neue Entdeckung gelten. Denn gerade Marx hatte nachgewiesen, daß in England diese Hinausentwicklung über Ricardo seit 1821, also schon vor der Robbertus'schen Schrift, mit Schärfe und Entschiedenheit geschehen sei. Und Engels hat nun in jener famosen Einleitung entwickelt, daß Robbertus nicht dazu kam, den ökonomischen Gehalt der Kategorien Arbeit, Kapital, Wert usw. aufzufalten, und daß er deshalb auch nur in der Utopie stecken blieb: sein Sozialismus gipfelte in der Erfindung des staatlich dekretierten Arbeitspapiergeldes, gipfelte in der „Arbeitsgeld-Utopie“; er las nicht mit kritisch-gründlichem Blick die Weiterentwicklung aus der Welt der ökonomischen Tatsachen ab, sondern arbeitete auf ein vorher bestimmtes Ziel los. Damit verirrte er sich den Weg, den Marx mit seiner modernen gesellschafts-naturwissenschaftlichen Methode fand und der ihn über all seine Vorläufer im Reich des Sozialismus hinaus zur Begründung eben des wissenschaftlichen Sozialismus gelangen ließ. Indem Marx Proudhon beiseitwarf, beiseitigte er zugleich den ihm unbekanntem Robbertus, der zeitlich ein Utopist des charakteristischen kleinbürgerlichen Schlags blieb und den Engels, spottend seine „preussische Lokalborniertheit“ hervorhebend, nun den „eigentlichen Begründer des spezifisch preussischen Sozialismus“ nennt. Robbertus kam in der Geschichte des Sozialismus seiner Platz nirgends anders als unter jenen Ausläufern finden, die den Uebergang zum wissenschaftlichen Sozialismus andeuten. Er kannte ältere Utopisten. Wahrscheinlich hat Saint-Simon ihn in seiner Auffassung vom Wesen des Menschen beeinflusst. Offen wollte er nicht gekannt haben, aber auf Owen (und auf Sismondi) griff der Gedanke zurück, den er in den Mittelpunkt seiner Theorie stellte, daß nämlich aus der Unterconsumtion der arbeitenden Massen die Handelskrisen zu erklären seien. Wo er unter den Utopisten einzureihen ist, deutet eine Bemerkung von Engels an, der das A und O seiner politischen Praxis, die soziale Frage durch Staatsdekrete zu lösen, dem gelunden Bemühen der kleinbürgerlichen Utopisten von John Gray,

mehr kann das Arbeitsverhältnis zu jeder Zeit gelöst werden.

Wie das Arbeitsverhältnis vorliegt, d. h. zu einer anderen Zeit als am Wochenlohn gelöst, so ist der Lohn sofort anzuzahlen; auch in diesem Falle gilt die Werkstätte als Zahlungsstelle.

§ 6.

a. Nach allen außerhalb des Stadtgebiets gelegenen Arbeitsstätten ist das etwaige Jahrgeld zu bezahlen.

b. Sofern sich ein Arbeiter an der Arbeitsstätte nötig macht, sind pro Tag für Verzehretete 1 M. für Ledige 75 P. Auslösung zu zahlen, und mindestens wöchentlich einmal die Hin- und Rückfahrt.

c. Sofern sich ein Arbeiter nicht nötig macht, sind pro Tag nicht unter 50 P. Auslösung zu zahlen, sowie tägliche Hin- und Rückfahrt, wenn die Entfernung der Arbeitsstätte über 2 Kilometer beträgt.

d. Bei jeder freier Station fällt die Auslösung weg; alles andere bleibt jedoch bestehen.

e. Fahr- und Laufzeit zur Arbeitsstätte ist zur Hälfte als Arbeitszeit zu betrachten und zu bezahlen.

§ 7.

Maßregelungen wegen Angehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden.

§ 8.

Dieser Tarif läuft stillschweigend weiter, so lange nicht eine Kündigung von der einen oder von der anderen Seite erfolgt.

Die Kündigung hat ein Vierteljahr vorher zu erfolgen. Zur Überwachung der Einhaltung des vorstehenden Tarifs besteht eine Gekleidete Kommission, 3 Arbeitergeber und 3 Arbeiternehmer gehören ihr an; sie hat etwaige Streitigkeiten zu erledigen.

Aus unserem Verufe.

Vergiftungen durch Farbstoffe. Erste Hilfe und Angabe der betr. giftigen Farben. Aus dem nächst erscheinenden Werke: Materialienkunde für Maler und Lackierer von Richard Groll.

Anzeichen einer Bleivergiftung: Festig zusammenziehende Schmerzen im harten und gespannten Unterleib, besonders um den Nabel, hartnäckige Stuhlverstopfung, viele Würgungen und langsame Puls, grauerändertes Zahnsfleisch, sowie zuweilen Waden- und Muskelkrämpfe.

Gegenmittel: Reichtwarmer Leibumschlag. Innerlich: Bitterwasser oder Rizinusöl und Milchtrinken. — Das weitere dem Arzt überlassen!

Bleifarben: Meinelb, Meigran, Glätte, Massicot, Menzige, die Bleichromate (Chromgelb, Chromorange, Chromrot), Casseler Gelb, Englisch Gelb, Meapel-Gelb, Seiden-grün.

Anzeichen einer Zinnvergiftung: Brechen und Durchfall. Schmerzen im Unterleib sowie Schwäche des Nervensystems. (3-4 Gramm Zinnweiß innerlich genommen erzeugen sofort einen starken Magen- und Darmkatarrh. Bei täglich nur ganz kleinen Einführungen von Zinnfarben in den Körper, tritt nach längerer Zeit Kräfte- und Nervenschwäche ein.)

Gegenmittel: Trinken von rohem Eiweiß und starkem schwarzen Tee. — Das weitere dem Arzt überlassen!

Bleifarben: Zinnweiß, Zinnblau oder Wende, Zinngelb, grüner Zinnblei, Kobaltgrün, Miumanscarin, Sächsisch Grün, Schmelzbleiweiß, Deckweiß und Lithopone.

Anzeichen einer Arsenvergiftung: Ähnlich wie ein Choleraanfall, stürmisches Erbrechen und stark riechende Aus-

leerungen bei heftigen Schmerzen im Unterleib, Trockenheit im Munde, Versinken der Stimme, Muskelzittern, bläuliche Lipen, Unfähigkeit des Pulses. (1/10-1/20 Gr. Arsenik sind imstande, einen Menschen zu töten!)

Gegenmittel: Zunächst Reizung zum Erbrechen, dann alle 10-20 Minuten eibischweise Magensaftmilch (aus der Apotheke); Eiweiß mit Puderwasser, Milch und Öl in gleichen Mengen zu sich nehmen. — Das weitere dem Arzt überlassen!

Arsenikhaltige Farben sind: Schweinfurter-, Patent-, Wiener-, Leipziger-, Englisch-, Schweizer-, Schwedisch-, Papagei-, Scheelches-, Pwicker-, Leobschäfer-, Neuberg-, Partier-, Neuwieders-, Kaiser-, Königs- und Kaiser-Grün, Knäuschel oder Auripigment, Chinesisch- und Sibirischgelb sowie das arsenikhaltige Anilinfarbstoff.

Anzeichen einer Kupfervergiftung: Würgiger Kupfergeschmack im Munde, kolikartige Magenschmerzen, Erbrechen grün oder blau gefärbter Massen, blutige Ausleerungen, Ermattung, eintretende Mutacmut, purpurrot gefärbtes Zahnsfleisch.

Gegenmittel: Trinken des Schlundes bis zum Erbrechen. Reichliches Trinken von lauem Kamillentee, Eiweiß in Wasser gerührt. Myrtillere von Gerstenschleim und feuchtwarme Leibumschläge. — Das weitere dem Arzt überlassen!

Kupferfarben: Berg-, Bremer-, Del- und Mineralblau, Kupferbraun, Englisch-, Mineral-, Schweinfurter-, Malachit-, Kupfer-, Tiroler und Berggrün, Grünspan, kupferhaltige Chromfarben.

Anzeichen einer Chromsäurevergiftung: Erbrechen von hochgelb gefärbten Massen, Leibschmerzen und Lähmungserscheinungen.

Gegenmittel: Reichliches Trinken lauen Wassers und Milch, Eiweiß, Einnehmen von geschabter Kreide, gebrannter Magnesia, kohlenfreiem Natron und Gerstenschleim. — Das weitere dem Arzt überlassen!

Chromfarben: Chromgelb, Chromorange, Chromrot, Zinn- gelb, Vorpigment und Chromgrün.

Anzeichen einer Barytvergiftung: Reizungen des Rückenmarkes und des Herzens (10-15 Gramm Baryumchlorid wirken unter Herzlähmung, nach Dr. Payer, sicher tödlich.)

Gegenmittel: Glaubers- oder Bittersalzlösung einnehmen. Milch und Eiweiß trinken. — Das weitere dem Arzt überlassen!

Barythaltige Farben: Permanentweiß, Blanc fix, Deckweiß, Lithopone, Schwefelzinnweiß, Vorpigment sind weniger giftig als die Barytsalze, jedoch nicht giftfrei.

— Verunsinnlich. In Esingen wurde am 24. Aug. eine Leiter, worauf ein Anstreicher arbeitete, durch den herrschenden Sturm umgeworfen und der Kollege erschlagen.

— Niedriger Hängen! Die Breslauer Maler- und Lackierer-Zwangsgewerkschaft in ihrer letzten außerordentlichen Versammlung, „allen Königl. Staats- wie Zivilbehörden, sowie dem „großen“ Publikum für die einschlägige (!) Mächtigkeitsnahme, welche sie während der Dauer dieses Streiks den Genossenschaftsgenossen haben zu Teil werden lassen, den verbindlichsten Dank auszusprechen.“ Das ungewollt Versäumte werde sie nach Möglichkeit nachzuholen bemüht sein. In heuchlerischer Weise hält sie es auch für nötig zu erklären, daß sie bestrebt sein werde, die Lohnsätze in „zeitgemäßer Weise“ zu befördern. Wie die Innung bisher die Lohnsätze zeitgemäß befördert hat, davon zeugt allein die Tatsache, daß in der Großstadt Breslau der mittlere Lohnsatz für Maler auf 40 S. und für Anstreicher auf 33 S. die Stunde festgestellt wurde. In keiner anderen Bauhandwerk zu Breslau herrschen so elende Hungerlöhne wie in unserem Gewerbe, in keiner Großstadt Deutschlands liegen die Lohnverhältnisse unseres Gewerbes so erbärmlich niedrig darnieder, wie in Breslau und da besteht diese Tatsache, daß in der Großstadt Breslau der mittlere Lohnsatz für Maler auf 40 S. und für Anstreicher auf 33 S. die Stunde festgestellt wurde. In keiner anderen Bauhandwerk zu Breslau herrschen so elende Hungerlöhne wie in unserem Gewerbe, in keiner Großstadt Deutschlands liegen die Lohnverhältnisse unseres Gewerbes so erbärmlich niedrig darnieder, wie in Breslau und da besteht diese Tatsache, daß in der Großstadt Breslau der mittlere Lohnsatz für Maler auf 40 S. und für Anstreicher auf 33 S. die Stunde festgestellt wurde. In keiner anderen Bauhandwerk zu Breslau herrschen so elende Hungerlöhne wie in unserem Gewerbe, in keiner Großstadt Deutschlands liegen die Lohnverhältnisse unseres Gewerbes so erbärmlich niedrig darnieder, wie in Breslau und da besteht diese Tatsache, daß in der Großstadt Breslau der mittlere Lohnsatz für Maler auf 40 S. und für Anstreicher auf 33 S. die Stunde festgestellt wurde.

— Eine recht duftige Submissionsblüte ist in Elberfeld wieder entbeut worden. Nämlich: es wurde der Anstrich des städtischen Krankenhauses, des Kaiser Wilhelm- und Erbshoch-Stifts und der städtischen Arbeiterwohnhäuser an der Heilandstraße in vier Losen ausgeschrieben. Resultat: Los 1: Höchstforderung 2150 M., Mindestforderung 1159 M.; Los 2: Höchstforderung 1669 M., Mindestforderung 585 M.; bei Los 3 forderte man als Höchstforderung 1289 M., als niedrigsten Preis 648.90 M.; bei Los 4 stand der Höchstforderung von 755 M. eine Mindestforderung von 414.50 M. gegenüber. Mindestfordernder war in allen vier Fällen der Herr Herrm. Preis und sind wir in der Tat sehr begierig, zu erfahren, wie derselbe es fertig bringt, bei derartigen Schundpreisen seine Gefährten und Lieferanten zu bezahlen, geschweige denn noch etwas für sich dabei zu erübrigen.

Aue i. Grzeg. Situationsbericht. Am 22. Juni waren 3 Jahre vergangen, seit Gründung unserer Zahlstelle, und wollen wir an dieser Stelle einen Rückblick auf unser letztes Geschäftsjahr werfen. Am 1. Juli 1904 betrug unsere Mitgliederzahl 96. Im Laufe des verfloffenen Jahres sind eingetreten 20; zugereist 5; davon sind wieder abgereist 11; freiwillig ausgetreten 3; wegen Rückstände gestrichen 5; jedoch wir augenblicklich auf einen Bestand von 42 Kollegen blicken können. Wenn man sich die vielen Eintritte vor Augen hält, welche wir innerhalb dieses Jahres gemacht haben, muß man zu der Überzeugung kommen, daß die hiesige Zahlstelle stets bemüht ist, neue Mitglieder der Organisation zuzuführen. Im vorletzten Jahre wurde eine Gesamtentnahme von 695.67 M erzielt und in diesem 738.16 M.

Was nun die einzelnen Vorkommnisse unserer Zahlstelle anbelangt, so wäre in erster Linie das Zustandekommen einer Tarifvereinbarung mit der hiesigen Innung zu verzeichnen. Die Erfahrung, daß bei Lohnbewegungen manche Prinzipale verschiedenen Ansinn zu Tage fördern, um die Gefährten abzuschrecken, haben wir auch hier in Aue gemacht. Ein erklärter der Kunst- und Dekorationsmalermeister Herr Häfner unserem Vertrauensmann gegenüber, daß die Einführung eines Minimallohnes ein Ding der Unmöglichkeit sei. Sollte er aber dennoch eingeführt werden, so würde er sich lauter Maurer und Schornsteinfeger einstellen, und nur für die besseren Arbeiten einen

Gehälften halten. Wenn nun diese Drohungen des Herrn Häfner in Erfüllung gingen, hätten die nach Aue kommenden Kollegen bald Gelegenheit, Schilder mit der Aufschrift: „Maler und Schornsteinfeger“ bemauern zu können. Was die Zurechnung unseres Tarifs betrifft, so muß hier erklärt werden, daß sich die Kollegen in den Nachbarorten, wie Zöhnh. Lauter, Hartenstein usw., welche alle zu unserem Innungsbezirk gehören, nicht das geringste um den Tarif kümmern, sondern ruhig noch ihre 12-14 Stunden pro Tag bei 30-32 S. Stundenlohn arbeiten. Derartige Leute müssen anscheinend noch jeden Tag erst tüchtig mit der Peitsche traktiert werden, ehe werden sie nicht geliebt. Was dagegen die Städte Aue und Schneeherg anbelangt, wo die Mehrzahl der Kollegen in Arbeit steht, ist zu bemerken, daß, da der Tarif strikte innegehalten wird, betreffs 10 1/2 stündiger Arbeitszeit, Minimallohn usw. Jeder läßt der Versammlungsbefehl zu wünschen übrig. Dazu kommt, daß wir hier fortwährend mit der Lokalfrage zu kämpfen haben. So haben sich die Gewerkschaften kürzlich gezwungen, das bisherige Vereinslokal „Gambrius“ aufzugeben, weil der Wirt sich beschwerte, er würde zu wenig unterfüßt. Also Kollegen! Wenn Ihr in der Lage sein wollt, ein ständiges Vereinslokal zu haben, so verfehrt nur dort, wo wir auch gern gesehen werden, wenn wir mal in gewerkschaftlicher oder politischer Beziehung zusammenkommen wollen. Tragt Euer Geld nicht stets den Wirten zu, welche Euch ganz gern haben, wenn Ihr das Geld bei ihnen verzehrt, von Versammlungen aber nie was wissen und hören wollen. Unser Vereinslokal ist von nun an: Restaurant Reichshalle, Aue-Nordstadt, Wasserstraße 4. In unserer letzten Versammlung wurde besonders Klage geführt über das Verhalten des Kollegen Kurzbach beim Malermeister Desterreich. Betr. Kurzbach ist der Neffe des Oe. und ist derselbe, der vor einigen Jahren ca. 16 M. Neulohnd erhoben hat, trotzdem er schon über ein Jahr keine Beiträge mehr bezahlt hatte. Erst die Kollegen in Nordhausen kamen damals hinter diesen Schwindel und nahmen ihm das Mitgliedsbuch ab. Dieser Kurzbach drängte die Kollegen, welche bei Desterreich mit arbeiten, in einer ganz gemeinen Weise. Es ist bis jetzt schon einige Male vorgekommen, daß Kollegen aufhören mußten, weil der betr. Kurzbach sie angegriffen hatte. Es wurde beschlossen, die Desterreich'sche Hütte unter derartigen Umständen so viel wie möglich zu meiden. In großem und ganzem herrscht unter den Kollegen der hiesigen Zahlstelle ein guter Geist. Mögen sie nie erlahmen, stets neue Streifer für unsere Organisation zu werben, und daß unsere Zahlstelle stets gefestigt dastehen möge, damit die hiesige Innung stets mit ihr als maßgebender Faktor rechnen muß und wir auch nächstes Jahr wieder nur günstiges berichten können.

S. S. **Siegen.** Situationsbericht. Wir wollen nicht verfehlen, einen Rückblick auf unsere bisherigen Organisationsbestrebungen zu machen. So ist erwähnenswert, daß wir durch die Mitarbeit eines Teil rühriger Kollegen die Mitgliederzahl 90 überschritten haben, aber immerhin ist die Arbeit nicht fertig gestellt. Wir stoßen hier mitunter auf Kollegen, die uns jetzt als Hemmschuh bezeugen; während sie früher alles für unsere Sache tun wollten, machen sie jetzt das Gegenteil. Sollte man derartige auch für möglich halten? Wohl würden diese Nachkollegen gern eine Lohnbewegung sehen, um dann unsere Sache illusorisch machen zu können wie vor 4 Jahren, aber dieses werden sie wohl kaum erleben. Die Kollegen, welche sich bis jetzt wieder ihrer Organisation zugewandt haben, werden ihre Interessen auch ferner zu wahren wissen, langsam Schritt vor Schritt weiter arbeiten, bis auch jene unzuverlässigen Elemente zu einer besseren Einsicht kommen. Bedauerlich ist es und zeugt von großem Unverständnis, wenn Kollegen noch nicht einmal an ihre Organisation erinnert sein wollen, zuguterletzt noch drohen, die Organisierten aus der Arbeit drängen zu wollen, aber da können wir wohl heute schon das Gegenteil annehmen. Ein größeres Geschäft (Winterweg), in dem bereits einige liebe Kinder a-Magen sind, ist Beweis dafür. Auch wissen es anständiger Meister nur zu gut, daß mit Schmarotzereien nichts geschaffen wird und kennen ihr Menschenmaterial aus Erfahrung. Nun, Kollegen von Siegen, wir richten an Euch nochmals die Bitte: Arbeitet unverbrüchlich an unserer guten Sache weiter, führet die Beiträge auch fernerhin pünktlich ab, dann wird es uns auch bald möglich sein, geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Literarisches. Der „Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht“ ist kürzlich in neuer, umgearbeiteter Auflage im Verlage der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Im handlichen Broschürenformat kostet das Heft 30 S. Es ist zugleich ein Wegweiser bei den Reichstagswahlen und außerdem enthält es einen Anhang „Warnungen vor dem Strafgesetzbuch“, in denen auf die hauptsächlichsten bei der Agitation in Frage kommenden Paragraphen des Strafgesetzbuches aufmerksam gemacht und der Arbeiter vor dem Fallstricken derselben gewarnt wird. Ferner sind in diesem Anhang auch die gesetzlichen Bestimmungen abgedruckt und erläutert, die bei der Verteilung von Druckschriften von Bedeutung sind. Der Wert der Broschüre liegt aber auch in der einfachen Darstellung der behandelten Fragen, sodas auch der Anfänger auf dem Gebiet des Vereinswesens alles erforderliche daraus entnehmen kann. Das Heftchen zeigt, wie man eine Versammlung zu leiten, zu öffnen und zu schließen hat, es gibt dem Vorsitzenden an, wie er zu verfahren hat bei behördlichen Eingriffen usw. Endlich enthält die Broschüre Musterstatuten für Vereine und die einschlägigsten Formulare für Beschwerden an die Behörden.

Sterbetafel. **Mendenburg.** Am 20. August starb nach langem Leiden Holl. Ernst Harnert, 47 Jahre alt. **Elberfeld-Harmen.** In den Folgen einer Operation starb am 23. August Kollege W. Franzfeldt, 54 Jahre alt. **Hamburg.** Am 19. August starb an den Folgen eines Unfallsfalls Kollege Alb. Brunsberg. Ehre ihrem Andenken.

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Bugtehuber Malerschule bei, den wir besonders denjenigen Kollegen zur Beachtung empfehlen, die beachtlichen, im kommenden Herbst eine Malerschule zu besuchen.

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Den Zeitungsparaten derjenigen Orte, wo die Bezirksleiter ihren Sitz haben, sind Zirkulare für die Bezirksleiter beigelegt, welche zu dem Zwecke der Erhebung einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihre Verwendung finden sollen.

Zugleich ersuchen wir die Bezirksleiter, soweit dieses noch nicht geschehen, die für ihren Bezirk nötigen Fragebogen bei der Hauptverwaltung zu bestellen, um dann mit der Verfertigung der Fragebogen und Zirkulare an die Filial- und Zahlstellenverwaltungen beginnen zu können. Wir sind der Meinung, daß durch rechtzeitiges Verleihen der Fragebogen die Erhebung spätestens Ende Oktober erledigt werden kann, und daß die fernere Zeit genügen wird, um das Resultat in dem Jahresbericht für 1905 verwenden zu können. Die Formulare zur einheitlichen Aufstellung der Statistik werden den Bezirksleitern bis zum 15. d. M. zugehen.

Vestätigt wird die Neuwahl der Filiale Darmstadt, sowie die Erziehung der Filiale Weiden.

Die Erhebung eines Sommerbeitrages von 50 M wird der Filiale Straßburg erteilt.

Das Mitglied Josef Vorhardt, Buchn. 148 (Filiale Magdeburg) ist auf Grund des § 7 Abs. a des Statuts ausgeschlossen.

Auf vielseitige Anfragen seitens der Filialverwaltungen diene zur Kenntnis, daß die Bestätigung über die militärischen Leistungen nur bei der Hauptkasse gemacht werden kann, wenn diese innerhalb vier Wochen nach der Rückkehr aus der Werbung durch Einreichung des Mitgliedsbuches und Mitteilung über die Dauer derselben beim Vorstand beantragt wird. Eintragungen über Beitragsbefreiung im Mitgliedsbuche haben nur Gültigkeit, wenn diese seitens des Hauptvorstandes gemacht sind.

Duplikate wurden aufgestellt für: Martin Wiltz 2646, Schünemann H. 9625, Viers Wiltz 12850, Stahl Bernh. 18236, Kimmel Fern. 13808, Knippel Adam 11563, Walter Joseph 12023, Eichowski F. 6105, Harsh W. 14042, Fyler Fern. 18246, Eben Karl 18110, Treiner Wiltz 12923, Schulz S. 10590.

Der Vorstand.

Eingekandt wurde: Kempen M 25.—, Dissa 60.—, Hensburg 200.—, Wiesbaden 800.—, Karlsruhe 200.—, Dresden 800.—, Magdeburg 600.—, Halle 500.—, Chemnitz 3.—, Hamburg 1000.—.

Material wurde abgelandt: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. F. = Futterale.

Nachen 2000 B. a 40 S.; Altenburg 1200 B. a 45 S.; Annaberg 600 B. a 40 S., 200 B. a 15 S., 10 C.; Baden 400 B. a 45 S.; Baunzen 200 B. a 45 S.; Essen 300 C.; Hensburg 40 C.; Friedberg 65 B. a 40 S.; Göttingen 200 B. a 40 S.; Graubenz 200 B. a 40 S., 200 B. a 15 S.; Halberstadt 800 B. a 45 S.; Hildesheim 1200 B. a 40 S.

800 B. a 15 S.; Königsblüte 500 B. a 45 S.; Kässlin 100 B. a 40 S.; Marburg 400 B. a 45 S., 10 S.; Mes 500 B. a 40 S.; Mühlhausen 100 B. a 40 S.; Reine 200 B. a 40 S.; Potsdam 20 C., 5 D.; Schneidewitz 200 B. a 45 S.; Straßburg 1200 B. a 50 S.
S. Wenzler, Kassierer.

Zentral-Franken- und Sterbefälle der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingelieferte Halbjahres Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 20. bis 26. August 1905.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Schäfermeier-Düsseldorf M 100, Kolzhausen-Lüneburg 120, Buch-Schleswig 100, Raim-Hamburg 100, Ostin-Gegeack 60, Wieser-Berlin M 3, 400, Wumm-Würzburg 100, Kommen-Cölln a. Rh. 300, Hartz-Regenburg 70, Cohrs-Berlin M. 800, Winger-Berlin M. 800.

Zuschuß wurde abgelandt für die örtliche Verwaltung in Halberstadt in Höhe M 110.

Krankengelder erhielten Buchn. 17968 G. Priemer in Söest 12 M.; Buchn. 14976 S. Dawski in Gr. Wilkau i. Schl. 20 M.; Buchn. 16622 S. Damerling in Darfeld 16 M.; Buchn. 14885 S. Warne in Friedland i. Meckl. 12 M.

Sterbefälle wurden gezahlt für Buchn. 16622 S. Damerling in Darfeld 110 M.

In Gotha ist eine örtliche Verwaltungsstelle errichtet. Bevollmächtigter: S. Gräßler, Oststr. 68; Kassierer: H. Frommann, Hoherland 29.
F. S. Wulle, Hamb.-Mühlenort, Humboldtstr. 57.

Suche per sofort einen äußerst tüchtigen, selbständigen

Möbellackierer

bei gutem Lohn. Die Stelle ist nur durch eine allerechte Kraft, die große Gewandtheit im Lackieren besitzen muß, zu besetzen. Gest. Offerten mit Lohnanspruch erbittet Richard Wagner, Düfelsbläß i. B., Möbel-Fabrikation.

Maler-Geschäft

sofort billig mit guter Kundschaft und Werkstelle, passend für Anfänger, wegen andauernder Krankheit zu verkaufen. Adresse: Nikolais, Berlin SO., Staligerstraße Nr. 107.

Darmstadt.

Die Verwaltungsstelle befindet sich bei J. Gütsch, Alexanderstr. 25, Hinterhaus I. Bureaustunden von 9-1 und 3-7 Uhr.
M 1.20] Der Vorstand.

Theater-Bühne,

neu, wunderbar schön, für 180 M. Anfragen erbittet die Expedition d. Zeitung.

Maler - Schule C. Karde, Kiel.

Thüringische Malerschule

Wirklich praktischer Unterricht für Dekorationsmaler. Semester 15. Oktober bis 30. März. Schulgeld 90 Mark. Eintritt jederzeit. Bewährte Lehrkräfte. Prospekt gratis durch die Schulleitung.

Nebenverdienst!

Vergrößerungen

auf prima Zeichenpapier, z. B. 27/34 cm 60 Pfennig
Kreidausführ. 2,— Mark

Kunstmalerien, Original-Entwürfe, Kirchen- und Altargemälde.

Preisliste gratis und franko.

Barthen & Co.,

Berlin W. 50, Ansbacherstr. 37.

Malerschule Boxhude
ministeriell genehmigt.
Größte Schule für
Dekorationsmaler.
1905 wieder große gold.
und silb. Medaillen.
Pros. d. Dir. Elserweg

In nur wenigen Exemplaren sind noch vorhanden:

Moderne Dekorations-Malerien. Farb. Vorlagen für Decken, Wände etc. in verschiedenen Stilen. Von B. Bander. 30 Farbentafeln in Mappe, statt 60 Mark nur 10 Mark. — Moderne Dekorations-Malerien. Farbige Entwürfe f. Decken, Wände, Briefe, Portalefelder etc. Von R. Fechner. 35 Farbentafeln in Mappe, statt 60 Mark nur 10 Mark. Kunstliebhabern und Malern sind diese beiden Werke zu empfehlen; namentlich sollten Bibliotheken v. Maler-Vereinigungen sich die Gelegenheit zur wertvollen Bereicherung ihrer Bibliothek nicht entgehen lassen.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69.

Für Maler

und andere Handwerker empfehlen wir unsere beliebten

Arbeitsschuhe

(auch Daichschuhe genannt)

aus gutem braunem Segeltuch

mit Hanfsohle

Paar 85 Pfg., 12 Paar Mk. 9.60.

Versand nach ausserhalb

gegen Nachnahme.

Deutschlands maschinell

besteinggerichtete Schuhfabrik.

Max Tack, Verkaufshaus Hamburg (St. Georg)

Filiale Hannover.

Bureau: Calenbergerstraße 31-32, Telefon 1988, geöffnet mittags von 11-1 Uhr und abends von 6-7 1/2 Uhr.

Die nach Hannover zurückkehrenden Kollegen haben nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen. Arbeitsausgabe 11 Uhr vormittags und 6 Uhr abends.
M 4.—] Die Filialverwaltung.

Filiale Kiel.

Sonntabend, den 9. September

20. Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Gesang, Aufführungen, Verlosung und Ball im „Elysium“.

Einführung gestattet. Anfang 8 1/2 Uhr.

Herren- und Damenkarte 50 Pfg., Extra-Damenkarte 20 Pfg.

Nur Organisierte haben Zutritt. — Kein Teilnehmer darf über 4 Wochen mit seinen Beiträgen reistieren. Mitgliedsbücher sind vorzuziehen.

Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee. [M 8.40

Wo speisen unsere Hamburger Kollegen?

in der Kuhlentwiete 50 beim Kollegen Martin Achberger!

Großer hübscher Mittagstisch nach der Karte 50 Pfg., Abendessen nach der Karte von 30 Pfg. an

Fach-Schule für Holz- und Marmor-Malerei

M. Nabben, Unterstr. 118.

gegr. Düsseldorf 1896.

Prämiiert mit höchsten Auszeichnungen!

u. a. Medaille der Kunst- und Gewerbe-Ausstellung Düsseldorf 1902. Prospekt

kostenlos. Beginn des Semesters 15. Okt.

Malerfachschule Kameln a. d. W.

Praktischer Einzelunterricht. Sichere Erfolge bei e. jed. Schüler. Buchführung. — Correspondenz. Vorbereitung für das Meisterexamen. Prospekte frei durch die Direktion.

Neu! Im Selbstverlag erschien: Neu! Moderne Entwürfe

für die Praxis des Dekorationsmalers. II. Serie. 16 Tafeln. M 2.50 franko gegen Nachnahme. August Vogler, Essen a. d. Ruhr, Atelier für Dekorations-Malerei.

Maler-Mäntel!

Eigenes Fabrikat!
● vorne offen mit Umlegekragen. ●
● Vordere bis Oberweite 88 cm 110 cm lang
● sekunda per Stück 2.25 M
● prima " " 2.75 " " " "
● Männer Oberweite bis 112.
● 110 125 140 cm lang
● sekunda 2.50 2.65 3.— M
● prima 2.90 3.10 3.50 " " "
Drei-Jacken, prima Qualität feinen, Oberweite: 100 M 2.60, 108 M 2.80, 112 M 3.—. Hosen Schrittlänge: 72/76 M 2.60, 78/80 M 2.80, 82/84 M 3.—. Messel-Schuhhosen 180 M 2.—.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brüdenstraße 13, I.

Der Holzmalerei
... in Natur...
... zu beziehen von
Aug. Hätemeyer, München, Baderstraße 47, IV, r.

Nebenverdienst!

Vergrößerung von Porträts und Kunstmalerien. Billigste Preise, tadellose Ausführung, z. B. Vergrößerungen auf prima Zeichenpapier 36/46 cm = 90 Pfennig Kreidausführung
3 Mark. Aquarell-, Pastell- u. Oelmalerie.

Zahlreiche Dankschreiben.

Franz Fischer, Kunstatelier, Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 39. Preisliste gratis und franko.

Malerschule von Wiltz, Schütz, Hamburg 15.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Sonnabends, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Österreich 1.20 M pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M, durch die Post bezogen, 1.20 M. — Anzeigen kosten die 4 gespaltene Zeile oder deren Raum 40 S. Vereinsanzeigen 20 S die Spaltzeit.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 84 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich W. Marx Hamburg, Schmalenbekerstr. 17. Verlag von S. Wenzler, Hamburg 22. Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Frage der ausländischen Arbeit in überseeischen und europäischen Ländern. — Die reichsstatistische Aufnahme über die Ausländer im Deutschen Reich.

Die Ausländerfrage spielt in der Arbeiterbewegung, vor allem der überseeischen Länder, bereits eine große Rolle. Auch internationale Kongresse haben sich schon damit beschäftigt oder beschäftigen wollen, und in Zukunft wird die Erörterung zweifellos noch an Lebhaftigkeit zunehmen.

Vor allem ist die Angelegenheit vor allem da geworden, wo Lohnarbeiter von ganz verschiedener Klasse und Kulturstufe als Lohnkonkurrenten aufeinander stoßen. Zuerst fühlten das, schon seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, die Amerikaner in den Küstengebieten am Stillen Ozean. Die kalifornischen Goldfunde brachten mit einem Schläge ein ganz wirtschaftliches Leben in diese ehemals toten und abgelegenen Gebiete; zugleich jedoch führten sie aus dem gegenüberliegenden Ostasien Scharen von Kulis herbei, die nach dem Erlöschen der primitiven Goldgräberei sehr bald einen Druck auf den Arbeitsmarkt ausübten. Die ersten Einwanderungsverbote waren hauptsächlich das Werk der kalifornischen Arbeiteragitationen und Gewerkschaften.

Ganz denselben Entwicklungsgang sehen wir später in Australien sich vollziehen, wo nicht nur den Chinesen und Japanern, sondern auch Kanakern und anderen Farbigen der polynesischen Inselwelt mehr und mehr die Zulassung verweigert wurde. Nützlichgebend für diese Bewegung sind abermals die höherstehenden, anspruchsvolleren und gut organisierten weißen Arbeiter.

Nicht anders ist in der Gegenwart in Südafrika, wo gerade die demokratischen und proletarischen Elemente die Uberschwemmung der Grubenbezirke mit Kulis zu verhindern streben, während die Minenkönige und Großkapitalisten erklären, sie könnten ohne die Chinesenzufuhr nicht leben.

Ähnliche Verhältnisse wie diese, wo die freie Lohnarbeit mit einem förmlichen Halbklaventum ganz anderen Ursprungs unmittelbar in Wettbewerb tritt, kennen wir glücklicherweise in Europa nicht. Aber in den Vereinigten Staaten von Amerika sowohl wie in Australien ist man weiter zu Einwanderungsbeschränkungen gegen zurückgebliebene europäische Einwanderer geschritten und augenblicklich, angesichts der rapid anschwellenden Immigration, sind in Amerika neue Vorstöße in dieser Richtung in Vorbereitung. Auch hier sind die höchststehenden europäischen Staaten besser daran. Sie sind nicht die gewohnte letzte Zufluchtsstätte aller Armut und Verkommenheit des kulturlosen Ostens und Südens. Das „Problem“ ist ihnen noch nicht nahe auf den Leib gerückt. Doch die nunmehr in England zum Gesetz erhobene Aliens (Fremden-) Bill ist und bleibt ein Kennzeichen einer gegen früher recht andersartigen Zeit.

Über „die Ausländer im Deutschen Reich“ veröffentlicht jedoch unser Staatsliches Reichsanzeiger eine größere Darstellung (Ergänzungsbelt zu den Vierteljahrsheften 1905, I). Man gewinnt daraus den Eindruck, daß in Deutschland die Beimischung des Fremdenelementes verhältnismäßig geringer ist als in den anderen Ländern, z. B. geringer wie in der Schweiz und in Frankreich. Während in Frankreich die „Fremdgebürtigen“ (die im Auslande Geborenen) 28 pro tausend der Bevölkerung ausmachen, in der Schweiz sogar 93 pro tausend, ist Deutschland mit 14,6 verzeichnet.

Allerdings stuft sich das in Deutschland sehr verschieden ab, je nach den Berufen und Landesteilen. Ferner ist die amtliche Zählung am 1. Dezember 1900 vorgenommen, und jedermann weiß, daß im Winter große Massen von Ausländern regelmäßig wieder in ihre Heimat zurückkehren sind und deshalb von der Reichsstatistik nicht zu erfassen waren. Das gilt nicht nur von der „Landwirtschaft“, die ihre galizischen, polnischen, russisch-polnischen, ihre südungarischen und anderen Wanderarbeiter im Frühjahr heranzieht und im Spätherbst wieder abläßt; nur wenige machen dann noch die Campagne in den Zuckerfabriken mit. Aber bei zahlreichen Eisenbahn-, Straßenbau-, Steinbruch- und Erdarbeitern, Maurern, Steinträgern, die von der Statistik der „Industrie“ zugerechnet werden, trifft das gleichfalls zu. Die italienische Auswanderungsstatistik z. B. weist für 1903 53 553 Auswanderer nach Deutschland nach; davon bezweckten 52 851 nur eine „zeitweilige“ Auswanderung, die sich allerdings häufig über einen längeren Zeitraum erstreckt haben mag. Immerhin bietet die italienische Angabe einen gewissen Anhalt, wie groß die Zahl der italienischen Saisonarbeiter sein mag, die nur vorübergehend in Deutschland Erwerb suchen und in der deutschen Winterstatistik daher nicht nachgewiesen sind. Wenn diese also im Jahre 1900 823 597 Fremdgebürtige vorfindet, darunter — nach Abzug der Familienangehörigen, der Berufslosen — 416 511 in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr Erwerbstätige, so erweckt diese Ziffer noch lange keine volle Vorstellung von der Ausdehnung der Fremdenkonkurrenz.

Diese Ziffer verteilt sich dann wieder in folgender Weise auf die großen Berufsweige:

Landwirtschaft	80 173
Industrie	277 127
Handel	45 996
Verkehr	13 225

Eine Scheidung nach Selbständigen, Betriebsführern und unselbständigen Arbeitern brauchen wir hier nicht vorzunehmen; in den meisten Berufen kann man die Gesamtziffer einfach als maßgebend für die Arbeiterziffer ansehen. Die meisten Fremdgebürtigen finden wir erwerbstätig in

	Männer	Frauen
Baugewerbe	53 268	655
Montanindustrie *)	37 513	196
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe **)	22 605	10 317
Industrie der Steine u. Erden ***)	23 787	884
Metallindustrie	22 161	271
Textilindustrie	16 859	13 516

In den Baugewerben stammen 22 076 Männer (und 14 Frauen) aus Italien, 16 596 (564) aus Österreich, 5886 (5) aus Holland. Besonders zahlreich waren die Fremdgebürtigen natürlich in den Grenzgebieten; es folgen sich der Reihe nach: die Rheinlande, Königreich Sachsen,

Elb-Lothringen, Bayern rechts des Rheines, Baden, während Oldenburg-Mecklenburg-Schwerin, Pommern am wenigsten fremdgebürtige baugewerbliche Arbeiter aufweisen.

In der Montanindustrie stehen die Österreicher an der Spitze, erst in großem Abstande folgen die Italiener, dann die Holländer. Am stärksten ist der Westen mit fremdgebürtigen Erwerbstätigen besetzt: Westfalen mit 11 021, Rheinland mit 8 727, Elb-Lothringen mit 6 960, Schlesien mit 6 655.

Bei der Bekleidung und Reinigung fällt die Zahl der Selbständigen (Schneider, Wäscher usw.) stärker als sonst ins Gewicht; ferner die außergewöhnliche Konzentrierung in den Großstädten. Den starken Einschlag der Frauenarbeit zeigt vorstehende Tabelle.

Etwas ähnliches beobachten wir nochmals in den Textilbranchen. Wir finden unter den Fremden etwa 2 1/2 Tausend Selbständige und beamtenähnliche Zwischenstufen zwischen Unternehmer und Arbeiter. Am höchsten steigt hier der Anteil der Frauen: 14 660 lohnarbeitenden Männern stehen 13 312 lohnarbeitende Frauen gegenüber. Enorm überwiegend ist dabei als Herkunftsland Österreich (mit 10 916 Männern und 9214 Frauen); weit zurückbleiben alsdann Holland und die Schweiz, während Italien, das Liefergebiet der robusteren und der unqualifizierten Arbeitskräfte, hier gar keine Rolle spielt. In der Beschäftigung Fremder folgen sich in der Textilindustrie: Sachsen, Schlesien, Baden, Bayern, Rheinland, Westfalen, Elb-Lothringen.

Vergleichen wir nicht die Branchen, sondern die einzelnen Länderbezirke, so finden wir die Ausländer relativ am häufigsten in den Reichsländern (37,95 pro Tausend!) Hier lebten 1900 (immer am 1. Dezember!) 20 950 Italiener, 14 984 Franzosen, 11 933 Schweizer, 10 669 Luxemburger, 2970 Österreicher; die anderen Nationen waren weniger zahlreich vertreten. In nächster Reihe steht das Königreich Sachsen mit 31,70 Reichsausländern auf tausend seiner Bevölkerung. Diese setzen sich im wesentlichen zusammen: aus Österreichern (113 457), Schweizern (3888), Russen (4524), Italienern (2470).

Solche Bevölkerungsströmungen schaffen erklärlicherweise einzelnen Berufen und Bezirken Schwierigkeiten, die man früher nicht kannte. Einzelne Branchen, wie die Bauhandwerker und die Arbeiter der Montanbezirke empfinden die Konkurrenz zeitweise doppelt stark, weil schon innerhalb der eigenen Landesgrenzen die Konkurrenz zwischen entwickelteren und zurückgebliebenen Reichsteilen eine sehr fühlbare ist — z. B. im rheinisch-westfälischen Grubenrevier die Konkurrenz der preussischen Polen. Von einer ernstlichen „Gefahr“, die unbedingt zu besonderen gesetzgeberischen Maßnahmen drängt, wird man jedoch nicht sprechen können.

Auf gesetzgeberischem Gebiet werden die allgemeinen Maßnahmen des Arbeiterschutzes ausreichen, wenn sie energischer fortentwickelt werden und dem profitungrigen Kapital die schlimmsten und entartetsten Formen der Ausbeutung abschneiden. Auf gewerkschaftlichem Gebiete muß Erziehung und Organisation den Lohnkrieger zum brüderlichen Kampfgenossen erheben. Das sind Aufgaben, die häufig gewiß nicht leicht sind, die jedoch — so wie die Verhältnisse bisher in Deutschland lagen — nicht unlösbar scheinen.

Berlin, 13. August 1905. Max Schippel.

In Nr. 31 des „Vereins-Anzeigers“ ist u. a. auch ein Artikel „Wirtschaftliche Rundschau“ vom Reichstagsabgeordneten Max Schippel enthalten, in dessen letztem Absatz Bezug auf den Freiburger Arbeiterkongress genommen wird. Da Max Schippel ein Mitglied der Arbeiterpartei ist, ist es nicht verwunderlich, daß er die Arbeiterbewegung in Freiberg und seine weitere Umgebung nicht nur als eine Gruppe von 9. Preise und wohl nicht zutreffend ist, was die Kerntruppe anbelangt. Als Kerntruppe versteht man wohl, wenigstens ist das meine Meinung, eine Gruppe von zielbewußten und gut organisierten Leuten; bei den Freiburger Bergleuten ist das nun leider nie der Fall gewesen. Als die Arbeiterbewegung noch in den Kinderstufen steckte, ist wohl im Freiburger Kreise der sozialdemokratische Vertreter gewählt worden, aber dies war ganz anderen Faktoren zuzuschreiben als dem Zielbewußtsein der Freiburger Bergleute. Freiberg hat von jeher in der Organisation, der politischen wie der gewerkschaftlichen, hintergeblieben, und auch heute ist das der Fall. An diesen schlechten Organisationsverhältnissen sind aber gerade die Freiburger Bergleute zum großen Teile schuld. Auf Grund ihrer traurigen Erwerbsverhältnisse waren sie von jeher so niedergedrückt und degeniert, daß sie sich zur Organisation nicht aufschwingen konnten. Bei dem geringen Verdienst, den die mit reichem Kinderstücken beglückten Bergleute hatten, waren die Nahrungsfragen täglicher Gast. Oft reichte der Verdienst kaum zu Kartoffeln und Mehl oder Heringslake. Ein alter Erfahrungssatz lehrt, daß die am meisten gedrückten Arbeiter am schwersten zur Organisation zu gewinnen sind, so auch hier. Die Freiburger Arbeiter haben daher auch allgemein heute noch unter erbärmlich schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden. Was speziell unseren Beruf anbelangt, will ich bemerken, in welcher Weise uns die Bergarbeiter in ihrer Unkenntnis Konkurrenz machen. Erstens wohnen die Leute infolge ihres minimalen Verdienstes in dampfen, schwarzen Höhlen, zum Renovierenlassen reicht der Verdienst nicht, oft weihen die Bergleute ihre und anderer Leute Wohnungen selbst, höchstens, wenn es hochkommt, richtet ein Scharwerksmaurer die Wohnung vor. Zweitens arbeiten die Bergleute, um nur ihren Lohn etwas aufzubessern, wenn sie Nachtschlaf haben, noch einen halben Tag in unserem Berufe als Anstreicher und da zu einem Lohn, der nur ein färgliches Trinkgeld genannt werden kann; oder aber die Bergleute sind pensioniert und arbeiten dann ständig mit, um ihre Pension, die sie durch ihre 40- und mehrjährigen Massenbeiträge ermöglichten, etwas aufzubessern, denn die Pension ist so gering, daß sie zum Leben nicht ausreicht. Ferner gibt es auf den meisten Bergmaurer, die auf dem Lande und oft auch in der Stadt bei ihren Kollegen und bei anderen Einwohnern die Wohnungen mitsamt Fenstern, Fußböden und allem Zubehör vorrichten und zwar zu einem Preise, bei dem kein Scharwerksmaurer und noch viel weniger ein Maler konkurrieren kann. In einzelnen Ortschaften kommt das ganze Jahr kein anderer Maurer zum Wohnen vorrichten hinan, als wie nur diese anständigen Bergmaurer. Alle diese Schäden betreffen

allein unseren Beruf; in anderen Berufen ist es nicht viel besser, auch dort tritt der Bergmann als Konkurrent auf, wenn auch vielleicht nicht in dem Maße, als wie bei uns. Die Industrie aber, die bis jetzt als Ersatz des Bergbaues herangezogen worden ist, ist noch lange nicht genügend; ein gut Teil Schuld hieran trägt das Stadtparlament, das hohe Preise für Grund und Boden forderte, so daß Fabriken, obwohl sehr billige Arbeitskräfte am Orte (wie dies sogar das hiesige Amtsblatt oft betont hat) vorhanden sind, sich doch nicht festsetzen. In neuerer Zeit ist es ja in dieser Beziehung (Bodenpreis) etwas besser geworden, so daß jetzt mehr Aussicht auf Zuzug von Fabriken ist. Da nun gleichzeitig der Bergbau immer mehr zurückgeht, die Bergarbeiter sich der Industrie zuwenden müssen, größtenteils aber in Pension gehen, da es fast durchgängig ältere Leute sind, indem seit Jahren auf den Gruben keine Arbeiter mehr eingestellt wurden, so ist auch für Freiberg zu hoffen, daß sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse allgemein bessern. Bis jetzt waren die Bergleute ein Hemmschuh der Arbeiterbewegung; ist dieses Hindernis beseitigt, wird auch die Freiburger Arbeiterchaft, mögen auch noch einige Jahre darüber hingehen, den Platz in der gewerkschaftlichen wie politischen Bewegung einnehmen, wie er ihr gehört. Dem Freiburger Silberbergbau wird aber niemand eine Träne nachweinen. „Das Alte stirzt, es ändern sich die Zeiten, und neues Leben blüht aus den Ruinen.“ D. P.

Die 12. Jahresversammlung des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen

fand vom 6. bis 8. August in Dresden statt. Vertreten waren 143 Kassen und 24 Verbände durch 294 Delegierte für 2 750 000 Versicherte. Dem Bericht der geschäftsführenden Kasse Dresden über ihre Tätigkeit entnehmen wir, daß nach den bei 178 Kassen angestellten Erhebungen eine absolut freie W er t e w a h l, wie bisher hin und wieder angenommen wurde, überhaupt nicht besteht, da auch bei ihr der „freigewählte Arzt“ entweder förmlich mit der Kasse über die Honorierung der ärztlichen Tätigkeit und die sonstigen förmlichkeiten Vereinbarung trifft oder den am Orte bestehenden Vereinbarungen sich stillschweigend anschließt und der Kasse hiernach seine Tätigkeit berechnet. Die Honorierung erfolgte in 19 Kassen in festem Jahresgehalt, in 122 Fällen nach Zahl der Kassenmitglieder, in 4 nach Zahl der Krankheitsfälle, in 2 nach Prozenten der Beitragseinnahmen und in 31 nach der ärztlichen Eingeliehung. Aus den Berichten jener Kassen, in welchen die von dem „Deutschen Ärztevereinsbund“ geforderte kontrollierte freie Arztwahl eingeführt ist, ergab sich auch im vorigen Jahre, daß von dieser freien Arztwahl nur eine sehr kleine Zahl der zur Verfügung stehenden Ärzte einen finanziellen Nutzen hat, die Krankenkassen aber, namentlich an großen Orten, in ihrer Existenzfähigkeit ernstlich gefährdet werden. Familienunterstützung in irgend welcher Form gewährten 15 Kassen mit festangestellten Ärzten, 40 Kassen mit beschränkter Arztwahl und 30 Kassen mit befristeter freier Arztwahl — bei denen die Mitglieder freie Wahl unter den sich zur Verfügung stellenden Ärzten haben.

Die „Vollständige Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“ wurde als offizielles Publikationsorgan des Verbandes bestätigt. Über die einheitliche Erhebung der Beiträge auch für die Invalidenversicherung durch die Krankenkassen referierte Schriftsteller Fischer-Weimar, mit dessen Forderungen sich die Versammlung einstimmig einverstanden erklärte. Die Vergütung soll nicht unter 6 Proz. betragen.

Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung war die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, worüber Redakteur Sydow-Berlin sprach. Er erörterte die bekannten Ausführungen Posadowsky's und Wilhofs über die beabsichtigte Änderung des Krankenkassengesetzes, beleuchtete die verschiedenen Vorschläge zur Vereinheitlichung der Versicherung und die dem Reichstag und Bundesrat zugegangene Petition der deutschen Ortskrankenkassen. Wodurch ist der Ueberzeugung, daß sich die Arbeiterchaft die Selbstverwaltung nicht so leicht Hand werde entreißen lassen. Über die Organisation der Arbeiterversicherung stellt die Petition folgende Forderungen auf:

Zur Durchführung der gesamten Versicherung sollen unter Aufhebung der jetzt bestehenden Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherungsanstalten und besonderen Kasseneinrichtungen allgemeine Versicherungsanstalten errichtet werden, welchen bestimmte, räumlich abgegrenzte Bezirke mit nicht unter 100 000 Einwohner zu zuweisen sind. Diese Versicherungsanstalten sollen für die Versicherung sämtlicher in ihrem Bezirke beschäftigten Personen zuständig sein. Zur Erleichterung des Verkehrs mit den Arbeitgebern und Versicherten sollen dieselben gehalten sein, in ihrem Bezirke nach Bedarf örtliche Verwaltungsstellen einzurichten.

Die Versicherungsanstalten sollen als Organe für die künftige Wittwen- und Waisenfürsorge und für die künftige Arbeitslosenversicherung vorgegeben werden.

Die Versicherungsanstalten sollen sich an der Beratung und Förderung allgemeiner hygienischer bezw. die Arbeiterversicherung betreffender Fragen beteiligen, sowie Vorschläge über Unfallversicherung erlassen.

Alle Selbstverwaltung soll die Lösung sein.

Die Leitung und Verwaltung der Versicherungsanstalt soll dem Vorstande und der Generalversammlung zustehen, welche beide zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber, zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten zu bestehen haben. Der Vorstand soll von der Generalversammlung gewählt werden. Die Generalversammlung soll von Vertretern gebildet werden, die von den Arbeitgebern und Versicherten je aus ihrer Mitte zu wählen sind.

Zur Festlegung von Unfall- und Invalidenrenten sollen Kommissionen von Sachverständigen gebildet werden.

Die Mittel sollen so aufgebracht werden, daß das Reich zu jeder Invaliden- und Unfallrente einen Zuschuß von 100 M. Arbeitgeber und Versicherte die laufenden Beiträge zu gleichen Teilen zahlen.

Mit ganz besonderer Schärfe wandten sich die Diskussionsredner gegen die Behauptung, daß in den Kassen-

Verwaltungen sozialdemokratische Politik getrieben werde. Man bezeichnete das als eine Unterstellung, die entweder auf Völligkeit oder Unwissenheit zurückzuführen sei. Es soll in nächster Zeit an sämtliche Ortskassenverwaltungen herangetreten werden, um die Unternehmer in diesen zu einem Protest gegen derartige Unterstellungen zu veranlassen.

Nach einem Referat des Apothekers Skaller-Charlottenburg über die neue deutsche Reichs-Arzneitaube, wobei beklagt wurde, daß man bei deren Vorbereitung keine Krankenkassen zuzog, gab der Vorstand Alb. Cohn-Berlin ein treffendes Bild unserer Rechtsprechung bei seinen Ausführungen über die Rechtsprechung des preuß. Oberverwaltungsgerichts und die soziale Prophete. Für Verhütung von Krankheiten dürfen die Klassen keine Mittel aufwenden; ja man unterlag sogar die Ausgaben für Beteiligung an Kongressen für Volksgesundheit, die vorbeugende Maßregeln betrafen. Der Antrag des Redners, an Reichstag und Bundesrat um eine Änderung des § 29 des Krankenversicherungsgesetzes zu petitionieren, wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag der Hamburger Ortskrankenkassen, die Versicherungspflicht auch auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden auszudehnen, gelangte ebenfalls zur Annahme.

Von den Berliner Kassen lag ein Antrag vor, um die Kassen vor Verlusten zu schützen (hatte doch allein die Maurer-Ortskrankenkasse zu Berlin innerhalb vierzehn Jahre einen Verlust von 75 000 M.), dem § 52 a des Krankenversicherungsgesetzes den Zusatz zu geben, daß an Stelle des mittelbaren Unternehmers der Auftragsgeber für die restierenden Kassenbeiträge zu haften hat, ebenso bei den sogenannten Zwischenunternehmern. Es soll mit diesem ohne Debatte einstimmig angenommenen Antrage verhindert werden, daß Bauhandwerker sich zum Schaden der Klasse an den Kassenbeiträgen vergreifen. Weiter wurde beschlossen, darum zu petitionieren, daß das Befreiungsrecht gemäß § 3 a Ziffer 2 des Krankenversicherungsgesetzes aufgehoben wird.

Eine lebhaft erörterte Frage gab es über die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Klassenbeamten. Der Bericht gab von der in Frankfurt a. M. eingeleiteten paritätischen Kommission Graf-Frankfurt a. M. Leider hätten es viele Kassenverbände abgelehnt, ihren Beamten auskömmliche Löhne zu zahlen, tief bedauerlich sei es, daß es speziell Arbeitervertreter verhindert hätten. Immerhin sei ein Erfolg schon zu verzeichnen. 62 Kassen mit 815 Beamten hätten die Beschlüsse ganz, 55 Kassen mit 348 Beamten teilweise erfüllt und 50 Kassen die Regelung in baldige Aussicht gestellt.

Nach langer Debatte zog sich die durch Kassenvorstandsmitglieder und Angestellte verstärkte paritätische Kommission nochmals zu einer Beratung zurück mit dem Ergebnis, daß ein vorläufiger Ausgleich erzielt wurde. Die Organe zur Durchführung des Münchener Tarifs sollen anerkannt, der Tarif selbst aber nochmals einer Revision unterzogen werden. Der im nächsten Jahre in Düsseldorf stattfindenden Jahresversammlung sind dann diese neuen Vorschläge zu unterbreiten.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Im rheinisch-westfälischen Ansperrungsgebiet des Baugewerbes sind zur Beilegung der Differenzen in Essen am 24. August Einigungsverhandlungen eingeleitet worden. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß ein Friedensprotokoll und ein Arbeitsvertrag mit abgestuften Lohnsätzen für das gesamte Industriegebiet vereinbart wurde. Die beteiligten Organisationen werden nun zu beschließen haben, ob sie die Friedensbedingungen annehmen wollen oder nicht. Wenn beide Parteien das Friedensprotokoll und den Arbeitsvertrag annehmen soll die Arbeit am Montag, 4. September, im geschlossenen Zustand wieder aufgenommen werden.

Die Bauarbeiterausperrung in Köln hat für eine Reihe von Arbeitern, die nicht im entferntesten daran dachten, Forderungen an ihre Meister zu stellen, ganz schöne Erfolge gebracht. Bekanntlich haben die Dachdeckermeister auf Befehl des Schachtmacherverbandes ebenfalls ausgesperrt. Nun der Frieden im Baugewerbe wieder hergestellt ist, haben auch die Dachdeckermeister ihre Pforten wieder geöffnet. Die Gehilfen verlangen aber eine Kriegsschadigung in Form einer Lohnerhöhung. Die Unternehmer riefen das Einigungsamt an, wobei auf die Dauer von drei Jahren folgende Lohnsätze festgelegt wurden: für Dachdecker Mindestlohn 60 J. (bisher Höchstlohn 58 J. pro Stunde), für Hilfsarbeiter Mindestlohn 50 J. (bisher Höchstlohn 45 J.). Die Mindestlöhne der Dachdecker betragen ab 1. April 1906 62 J. und ab 1. April 1907 64 J. pro Stunde. Die Überstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt, die Akkordarbeit wird vollständig abgelehnt. Daß die Schachtmacher von ihrem Aussperrungsstreik gebückt sind, geht aus einer Äußerung des Schachtmacherschreibers Kellermann hervor, indem er während der Verhandlung meinte: Wir sperren überhaupt nicht mehr aus. — Das glauben wir gerne! Auch hier ist also ein Mindestlohn ohne die Klausel der Mindestleistung eingeführt und zwar vor denselben Einigungsamt. dessen Schiedspruch unsere Organisation verweigert anzuerkennen, weil damit für sie ein Ausnahmefall präjudiziert würde. Charakteristisch ist, daß für die Hilfsarbeiter im Dachdeckerberufe ein Mindestlohn von 50 J. festgelegt wurde, während für unsere Kollegen, also für gelernte Arbeiter, ein Mindestlohn von 45 J. die Stunde gefordert wird und selbst dieser für eine Großstadt so ungenügende Lohn den Nummerngrößen noch zu hoch erscheint. Gewiß sehr beachtenswert für Eltern, die beabsichtigen, ihre Söhne 4 Jahre in die Lehre zu schicken.

Meerane. Nach vierwöchigem erfolglosem Kampf um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nahmen am 15. August die Färberei- und Appreturarbeiter und Arbeiterinnen von Meerane und Glauchau die Arbeit wieder auf. Somit erledigt sich auch die schändlichste Weise gepönte Massenansperrung aller dem schlicht-thüringischen Weberverband angehörigen Firmen. Die der Streikenden halber schon ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen von Gera, Greiz, Reichenbach, Mplau, Neitschau zc. konnten schon am 14. August die Arbeit wieder aufnehmen. Die Schandtat der Ansperrung von ca. 8000 Personen, sowie die für den 19. August nochmals geplant gewesene Massenansperrung von ca. 30 000 Webern, hat den Unternehmern nicht einen einzigen Arbeitswilligen

gebracht und auch die Streikenden von Meerane und Glauchau nicht beinflussen können, den Streik abbrechen. Der Erfolg der gewerkschaftlichen Organisationen zeigt sich folgendermaßen: Die streikenden Färberei- und Appreturarbeiter erzielten eine Lohnaufbesserung von 13,50 auf 14,70 M pro Woche, die Arbeiterinnen von 7—8 auf 8,50—9 M pro Woche. Die Streikenden erzielten ferner für die ihrigen ausgesperrten ca. 8000 Kollegen und Kolleginnen der schon angeführten Orte des Voigtlandes eine Lohnaufbesserung der jetzigen Löhne in Höhe von 9—12 M auf durchgängig 14,40 M pro Woche. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Voigtlandes, welche leider durchschnittlich nur 10 Proz. organisiert waren, haben die Aufbesserung ihrer Löhne nur den gut organisierten Arbeitern von Meerane und Glauchau zu verdanken, die nicht nur für sich allein den Streik geführt haben, sondern die Arbeit nicht früher wieder aufnehmen wollten, bis ihre Kollegen des Voigtlandes auch eine Lohnaufbesserung erhielten.

Verhandlungsberichte.

Berlin. Mit der Kündigung des seit drei Jahren bestehenden Tarifs befahte sich eine am 24. August in Kollers großem Saal, Köpenickerstr. 29 tagende, von annähernd 2000 Malern und Berufsgenossen besetzte, vom Geschäftsvereinigung eingeleitete Versammlung. Die Polizei herrschte ab. Der Abgeordnete Koll. Wendel eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf den Ablauf des Tarifs zum März nächsten Jahres. Rummel sei es Zeit, Stellung zu nehmen, ob wir den bestehenden Tarif verlängern wollen, was nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse nach seiner Ansicht ganz ausgeschlossen sei und somit müsse die heutige Versammlung die Kündigung aussprechen. Koll. Jakobitz, welcher das Referat übernommen hatte, führte in kurzen Zügen den Anwesenden die bestehenden traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Kollegen ihr Leben fristen müssen, vor Augen. Doch tragen hierzu die Kollegen selbst einen großen Teil der Schuld; Jahre lang haben sie abseits der Organisation gestanden, alle Aufforderungen, sich zu organisieren, außer Acht gelassen, dadurch sei es gekommen, daß die Maler die schlecht bezahltesten Arbeiter im Handwerk seien. Aber noch ist es Zeit, die Scharte anzuziehen, dazu ist aber nötig, daß nun auch der letzte Mann sich der Organisation anschließen, einen neuen, den Verhältnissen besser entsprechenden Tarif mit den Arbeitgebern abzuschließen. Man hat ja den jetzt bestehenden Tarif genug kritisiert, sogar die Kollegen, die denselben abgelehnt haben, hat man in nicht schöner Art verächtigt, aber es sei nach Lage der damaligen Verhältnisse mehr zu erreichen ein Ludwig gewesen. Der stürmische Beifall bewies, wie der Referent im Sinne der Kollegen gesprochen hatte. In der nun folgenden Diskussion wurden von den einzelnen Rednern noch ergänzende Schilderungen über die traurigen Verhältnisse gegeben und sprach sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten für Kündigung des Tarifs aus.

Auch die Redner von lokalorganisierter Seite stimmten dem zu, fühlten sich jedoch berufen, sich zu beschweren, weil sie nicht gefragt wurden, und wünschten den letzten Absatz der folgenden Resolution gestrichen. Kollege Jakobitz beschloß sich in seinem Schlusswort mit den Ausführungen der Lokalisten und weist ganz energisch ihre Ausführungen zurück. Unter allgemeiner Zustimmung rief Redner denselben zu: „Wir haben keine Veranlassung, Euch einzuladen, wollt Ihr mit arbeiten, unsere Lage zu verbessern, so kommt zu uns, dann fort mit allen Spaltereien. Von aufgesteckt sein wollenden Arbeitern verlangt man, daß sie einig sind, es gibt und darf keine Gegensätze unter den Arbeitern geben, zumal in einer Zeit wie der jetzigen, in welcher Kapital und alle herrschenden Gewalten einig sind, die Arbeiter immer mehr zu knebeln und zu knechten. Zum Schluss resumiert Redner seine Ausführungen in der gegen 2 Stunden angehaltenen Diskussion. Er sagt einige Worte über die Lage der Arbeiter und die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Malerei.

Die versammelten Maler und Anstreicher Berlins und der Vororte, den jetzt bestehenden Lohnvertrag in Betracht kommenden Innungen sowie den Meistern, die den Tarif unterschrieben haben, zu kündigen. In Erwägung, daß die Lebensmittelpreise in der letzten Zeit ganz rasch gestiegen sind und daß das Fleisch einen ganz unerschwinglichen Preis erreicht hat; in fernerer Erwägung, daß nach Inkrafttreten des Zolltarifs die Lebensmittel noch eine weitere Preissteigerung erfahren werden, die Maler zc. im Baugewerbe aber am schlechtesten bezahlt sind und trotzdem die größte Arbeitslosigkeit im Bauberuf haben, wie das Reichsamt für Statistik festgestellt hat, ist es den Malergehilfen und Anstreichern nicht möglich, für den bisherigen Lohn arbeiten zu können. Ferner beauftragt die Versammlung die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler zc., einen neuen Lohnvertrag auszuarbeiten und dieser einer demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Forderungen i. Schwarzwalde. Zum ersten Male fand hier für unsere Kollegen am 20. August eine Versammlung statt, in der Kollege Rehner-Schweningen den Anwesenden die Notwendigkeit und Bedeutung der Organisation darlegte. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat wurde die Wahl der Verwaltung vorgenommen und versprochen alle Kollegen, ihre Kräfte dem Dienste der Vereinigung zu widmen. Von 13 hier arbeitenden Kollegen sind nun 12 Mitglieder unserer Vereinigung. Jüngere Kollegen erhalten bei 11stündiger Arbeitszeit 35 J. pro Stunde, ältere 40 J. Für Überstunden, Sonntags- und Überlandarbeit gilt es keinen Ausschlag. Da auch in dem Städtchen Triebberg durchschnittlich 6—10 Kollegen in Arbeit stehen, so soll versucht werden, diese für uns zu gewinnen.

Lissa i. R. Es ist notwendig, daß auch Lissa etwas von sich hören läßt, nachdem schon seit einer geraumen Zeit unsere Filiale gegründet worden ist. Und zwar haben verschiedene hiesige Kollegen selbst das Bedürfnis empfunden, unserer Organisation beizutreten, da es gilt, unsere wirtschaftliche Lage auch einmal zu verbessern. Gerade hier ist in Offen existieren Missetände genug, welche beitragen, uns zu einem engeren Kreise zusammen zu schließen, um geschlossen vorzugehen, denn nur Einigkeit macht stark, heißt das alte Sprichwort. Die Arbeitszeit beträgt hier 11 Stunden; es wird aber auch 12 und 13 Stunden gearbeitet, und wenn es sein muß auch Sonntags, ohne jeden Zuschlag. Ja, die Arbeitgeber suchen dann beim Lohnzahlen die Stundenzahl noch zu verringern, wenn dann der Wochenlohn einigermaßen etwas hoch erscheint, und leider sind

genügend Kollegen da, die froh sind, Sonntags oder nach Feierabend arbeiten zu können, und das alles, weil der Verdienst zu gering ist, um als rechthaffener Mensch dazustehen, denn der Stundenlohn schwankt hier zwischen 30 und 35 J. Darum agitieren einige Kollegen tüchtig und es erklärten sich immer mehr Kollegen bereit, der Organisation beizutreten. So wurde denn zur Gründung einer Filiale geschritten. Am 15. Juli wurde eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der als Referent Koll. Kaminowski-Bosen zugegen war, welcher den Kollegen den Zweck und Nutzen der Organisation erläuterte. Zu der Versammlung waren von ungefähr 30 am Orte sich befindenden Kollegen 26 erschienen, wovon schon 23 organisiert waren. Es wurde nachher gleich zur Wahl der Filialverwaltung geschritten und gewählt als Vorsitzender Kollege D. Bionfel, als Kassierer Koll. Paul Streich, als Schriftführer Karl Streich und als Beisitzer die Kollegen Feuerzeis und Kistalski. Nach Schluß der Versammlung ließen sich noch 3 Kollegen in die Vereinigung aufnehmen.

Vom Ausland.

Vor Bezug nach der Schweiz warnen wir ausdrücklich alle Berufs-Kollegen, da in den meisten Städten Differenzen bestehen über die Kollegen streifen.

Ferner ist Bezug fernzuhalten nach folgenden Städten im Ausland:

Malin - Schweden,

Dense - Dänemark.

In Brünn (Oesterreich) stehen die Kollegen in Lohnbewegung.

Eingefandt.

In der hannoverschen Waggonfabrik A.-G. vormalig Menzel u. Co., Hannover-Linden (Zickerhof), wo dieses Jahr die Metallarbeiter und Holzarbeiter einen schweren Kampf geführt haben, wurden vor kurzem ein paar Messingbüchsen gestohlen. Da am betreffenden Sonntag unsere Kollegen (Lackierer) gearbeitet hatten, wurde dies dem Direktor gemeldet und somit unsere Kollegen als Verbrecher hingestellt. Natürlich ließen sie sich das nicht gefallen und beschlossen noch an dem betreffenden Montag abends in einer Werkstellersitzung, keine Überstunden und Sonntagsarbeit mehr zu leisten. Lackierermeister ist ein Herr Hartmann, der sich z. B. während des Streiks gut geführt hat, indem er die Streikbrecher zu sich in die Wohnung nahm und sie auch nach Hause führte. Da in der Fabrik das Kolonnen- und Akkordsystem besteht, weiß es der Lackierermeister gut einzurichten, daß jede Kolonne eine gewisse Anzahl Waggon erhält, die in kürzester Zeit fertig gestellt werden müssen. Dies ist nun in so kurzer Zeit ohne Überstunden und Sonntagsarbeit nicht möglich. Sind aber die Waggon fertig, muß die betreffende Kolonne zwei bis drei Tage, mitunter auch 8 Tage und noch mehr aussetzen. Auch jetzt, wo zurzeit nicht gerade viel zu tun ist, nimmt H. trotzdem neue Leute an, die morgens anfangen, während die Älteren (sogar Familienväter) nachmittags aussetzen müssen. Das ist die bekannte Politik, um die Leute in der Uneinigkeit zu halten, hat doch der Herr schon geküpert, wer sich rührt, der kommt auf die Schleudermaschine und dergleichen mehr. Vielleicht öffnen sich jetzt die Augen der dortigen Kollegen, lassen die gegenseitigen Streitigkeiten beiseite und schließen sich der Organisation an. In Unbetrach dieses sehen sich die Kollegen am Orte veranlaßt, reisende Kollegen zu warnen und erst am Bureau Calenbergstr. 31/32, Zimmer 10, Hannover, Erkundigungen einzuziehen, ehe sie Hannover mit ihrem Besuche beehren. Nachdem die Firma in allen auswärtigen Tageszeitungen Lackierer sucht, Herr Hartmann sucht auch Lackierer bei hohem Lohn nach Erfurt zu vermitteln, wo unsere Kollegen in der Waggonfabrik von Ober-Sagaus im Streik stehen. Wo Kollegen sich befinden, die hannoversche Lackierer sind.

Einem Redner möchte ich an die Kollegen Lissabrad's ergehen lassen, denn nicht nur durch Zahlen der Beiträge ist unsere Pflicht der Vereinigung gegenüber erfüllt, sondern wir müssen vor allem jederzeit für sie agitieren und regelmäßig die Versammlungen besuchen.

Es scheint, als wenn der christliche Verband der Maler hier, das Lied: „Wacht auf, ruft uns die Stimme“ als Agitation anzustimmen versucht.

Denn von dem Leben und Treiben, und durch welche Art und Weise obiger versucht, sich Mitglieder zu erwerben, sind wir in der Lage folgendes Bild geben zu können.

Es war der dritte Ostertag, und die sieben ausgeschriebenen Gehilfen unternahmen, zur Feier des Tages einen Ausflug zur benachbarten Georgsmarienhütte. Auch der Kollege Rothhof vom christlichen Verbande stellte sich zu ihnen. Beim Wirt Hoff angelangt, begann dieser Kollege sein Agitationswerk. Um es zu vervollständigen, legte er auf Kosten des christlichen Verbandes ein Faß Bier auf. Während das Bier unter heilerer Stimmung seinen Abgang fand, flogen auf die Tische Flugblätter mit Aufnahmehinweisen hernieder. Jeder Kollege wurde angehalten zu unterschreiben; wohl oder übel mußte dieses geschehen.

Jetzt haben wir festgestellt, wird sich dieser Kollege wohl gefügt haben, aber das Faß Bier zu bezahlen, verursachte ihm gewiß Magenbeschwerden. Schließlich trat er an sieben Kollegen heran und erbat 30 J., um die Kosten des Faßes Bieres decken zu können.

Von dem „Bieragitationsystem“, das der „christliche“ Malerverband hier zur Mitgliederwerbung betreibt, können wir genügend Fälle anführen.

Doch muß es auch mit diesen unsauberen System nicht vorwärts gehen, denn wir können berichten, daß wir in letzter Zeit mehrere jüngere Kollegen in unsere Vereinigung aufgenommen haben, die bereits schon dem christlichen Verband angehört hatten und diese waren es, die uns von den neuesten „christlichen“ Agitationsmethoden Bericht erstatteten.

Deshalb Kollegen „frisch auf ans Werk!“ besucht unsere Versammlungen, agitiert für unsere Sache und schafft überall Aufklärung. Nur so wird es uns möglich sein, unsere Organisation zu stärken und eine Verbesserung unserer Lage anzustreben.

Briefkasten.

Mühlhausen i. O. St. Mein, siehe Statut.
Stingen, E. Muß als Annonce mit genauer Personalbezeichnung aufgegeben werden.

Halberstadt. Die Schilderung des „süßen Wilhelm“ kann viel besser in einer Mitgliederversammlung geschehen.